DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Der Preis der Republik geht an die wehrhafte Demokratin Julia Neigel, Seite 2

DER DEMOKALENDER Seite 11

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 82 ab Samstag, 12. März 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

STOPPT IMPFZWANG ODER WIR KOMMEN VORBEI!

Von Hendrik Sodenkamp

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der neue Krieg eine Riesenverarsche ist. Nach zwei Jahren Corona-Regime entlädt sich der ganze aufgestaute Frust des Westens in eine offene Kriegsbegeisterung gegen Russland.

Zwei Jahre lang wurde in einem beispiellosen Krieg nach innen ein zivilisatorischer Standard nach dem anderen geschleift: Grundrechte, Gewaltenteilung, freie wissenschaftliche Diskussion, Kultur überhaupt wurden umfassend abgeräumt. Dabei wollen die deutschen Herrschaften es allerdings nicht belassen. Immer noch ist der Impfzwang nicht vom Tisch, anders als in Österreich, wo er auf Pause gelegt wurde. Für die kommenden Tage haben Demokraten eine Demowoche in Berlin angekündigt, da der Ausnahmezustand durch ein neues Infektionsschutzgesetz (16. und 18. März) verstetigt und der Impfzwang für alle debattiert wird (17. März). Am 14. März, einen Tag vor dem Inkrafttreten des Impfzwangs im Gesundheitswesen und den Pflegeberufen kommen die dort Beschäftigten am Brandenburger Tor in Berlin zusammen.

Weiterlesen auf Seite 6



Demokratinnen vorwärts!
Kunstcollage: DW/Ute Feuerstacke

REGENBOGEN-KREUZZUG: DER SCHWANGERE MANN | Von Anke Behrend, *Seiten 12 und 13*

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 82. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Die Wehrhafte Demokratin

Der Preis der Republik geht an Julia Neigel

LAUDATIO von Anke Behrend



Julia Neigel kam als fünfjährige Russlanddeutsche in die Bundesrepublik. Als Außenseiterin in einer Problemschule lernte sie nach einigen Jahren Gewalterfahrungen, sich zu wehren. Ihren Spitznamen von damals »Jule« hat sie abgelegt.

Sie wurde 1988 mit dem Lied »Schatten an der Wand« bekannt. 2020 erschien ihr Album »Ehrensache«. Ehrensache ist für Neigel auch ihre politische Arbeit. Mit Fachwissen und Kompetenz engagiert sie sich seit vielen Jahren gegen die Aushebelung des Urheberrechts durch das Telemediengesetz, das Künstler faktisch enteignet zu Gunsten der IT-Konzerne.

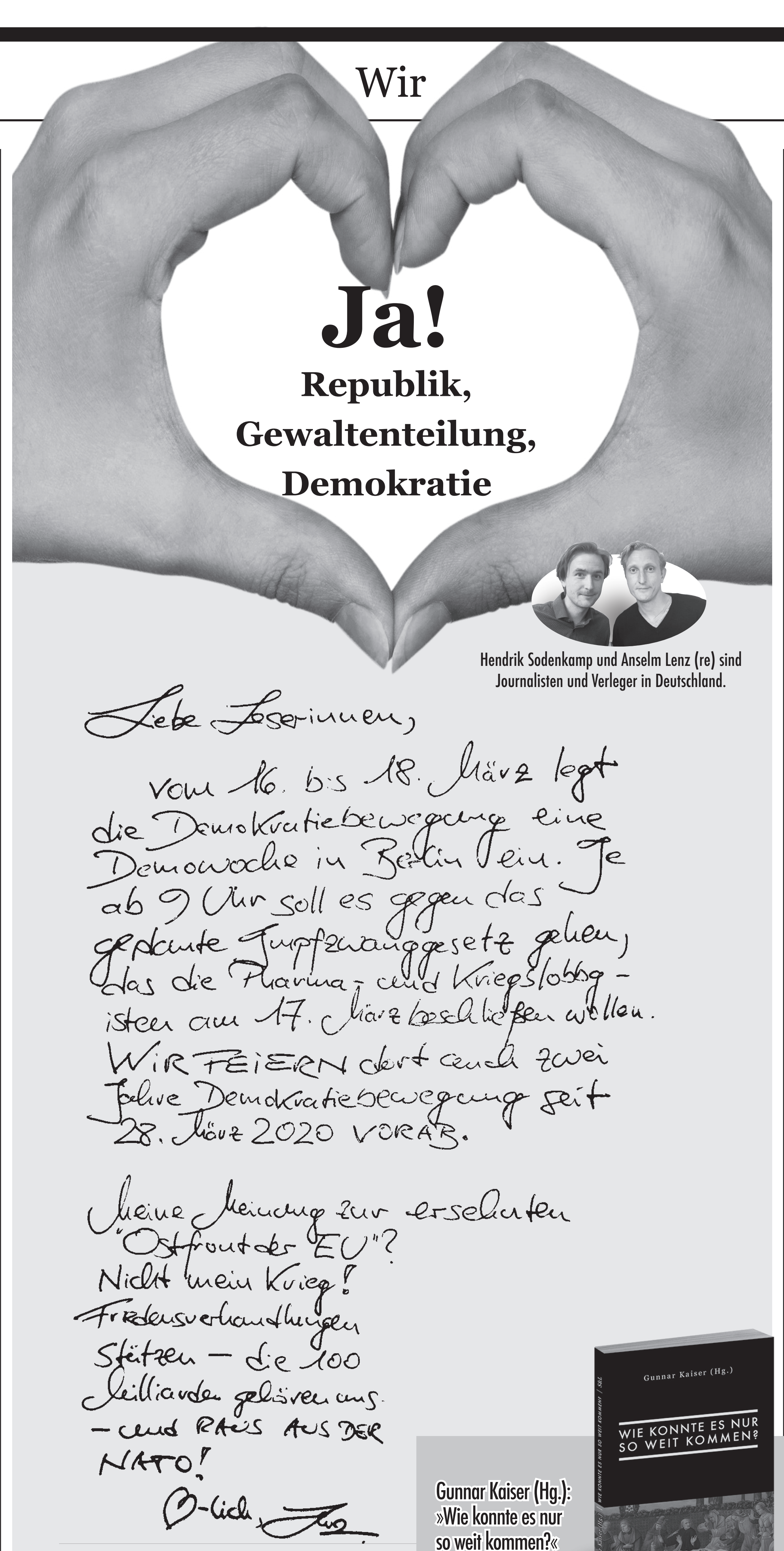
Ihr anfängliches Verständnis für die Maßnahmen ist harscher Kritik gewichen. Nach Plattenverkäufen brach nun auch das *Live*-Geschäft weg. Existenzen wurden vernichtet. Neigel berichtet von Suiziden. Sie kritisiert den Umgang mit Ungeimpften, die Impfpflicht und spricht sich für freie Impfentscheidung aus: »Die persönliche Unversehrtheit und die körperliche Integrität ist ein unantastbares Menschenrecht.«

Der DW ehrt diese Ausnahmekünstlerin für ihre opferbereite Zivilcourage mit dem Preis der Republik.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Julia Neigel. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmerman, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann.

Wir



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (re) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leserinnen,

vom 16. bis 18. März legt die Demokratiebewegung eine Demowoche in Berlin ein. Je ab 9 Uhr soll es gegen das geplante Impfzwanggesetz gehen, das die Pharma- und Kriegslobbyisten am 17. März beschließen wollen. WIR FEIERN dort auch zwei Jahre Demokratiebewegung seit 28. März 2020 VORAB.

Meine Meinung zur ersehnten "Ostfront der EU"? Nicht mein Krieg! Friedensverhandlungen stützen – die 100 Milliarden gehören uns. – und RAUS AUS DER NATO!

♡-lich,



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Die Zombie-Gesellschaft

EINWURF *von Werner Köhne*

»Intelligenz ist weitgehend eine Funktion der Unabhängigkeit, des Mutes und der Lebendigkeit; Dummheit ist ihrerseits ein Resultat der Unterwürfigkeit, der Angst und des inneren Abgestorbenseins.«

Soweit Erich Fromm. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier die Erwähnung des »inneren Abgestorbenseins«. Spricht nicht die jetzige Erregungskultur eine andere Sprache? Sind die Empörungen der medizinokratisch-medial hoch gezüchteten Weltgemeinschaft nicht gerade Ausdruck höchster Dummheit?

Zur Zeit herrscht ein wahrer Fieberwahn, der alles unter sich begräbt an Fakten, Daten und Entwicklungen. Aber diese pausenlos in Bilder und Bekenntnisse getauchte Emotionalisierung mündet zuletzt in Monotonie – in eine »Abgestorbenheit«, die alle intellektuellen Kräfte lähmt.

Mich erinnert das gegenwärtige Gefühls-Szenario um Corona und den Ukraine-Krieg an eine Filmsequenz: Da steigen die Untoten aus ihren Gräbern, besessen davon, die Lebenden zu den Ihrigen zu machen, während diese in höchster Panik dem Schicksal zu entgehen trachten. Vergeblich. In den Untoten müssen die hysterisierten Lebenden sich wie in einem Spiegel selbst erkennen. Als Vorboten ihres baldigen Abgestorbenseins.

Zurück zu Intelligenz und Gefühlen: Emotionen sind nicht einfach da – ebenso wenig wie die Intelligenz als selbstreflexive Kraft einfach da ist: Eher gilt wohl, dass der Geist in reine Urteilskraft nicht aufgeht und die Gefühle sowohl intelligent als auch dumm sein können. Einst ließ uns der Filmemacher Alexander Kluge wissen, dass Gefühle rational lernen können, sich also auch positiv verändern lassen.

Was indes heute geschieht, hätte sich ein Kluge vor 50 Jahren kaum vorstellen können: Die Erregungskultur und die des dumpfen »Abgestorbenseins« bilden keine Gegensätze mehr. In jeder moralinhaltigen Empörung bringt sich eine platte Like- und *Dislike*-Kultur auf ihren ureigensten Begriff: die Beliebigkeit gegenüber den Inhalten.

Man fackelt nicht mehr lange herum: da der Menschenschlächter Putin, hier die Baerbock und der Wolfgang Niedecken. Sie lösen die Drostens und Lauterbachs im Kraftwerk der Gefühle ab. 250.000 Kölner folgten dem Ruf des Bap-Barden und durften ohne Abstandsregeln auf den Russen eindreschen. Schöne neue Welt.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

ZWANGSFINANZIERTE FAKE-NEWS

Sogenannte Leitmedien verschweigen ihre gravierenden Fehler und verbreiten weiter ungebrochen Falschinformationen über die »Impfungen«.
Von Markus Fiedler



Demokraten werden weiter machen bis zum umfassenden Sieg der Freiheit. *Foto: Sandra Doornbos*

In meinem Artikel »Fuchs du hast den Fakt gestohlen«, der im Oktober 2021 sowohl im DW als auch auf apolut.net veröffentlicht wurde, hatte ich bereits auf Basis der damals zugänglichen Quellen hergeleitet, dass die mRNA des Impfstoffes zumindest in Teilen in die DNA der Wirtszelle eingebaut wird und diese dann selbstverständlich auch verändert wird. Nun hat sich diese Herleitung wissenschaftlich bestätigt.

Die Journalisten Julia Ley und Max Tenschert veröffentlichten am 25. Mai 2021 den Artikel »#Faktenfuchs: Can the mRNA vaccine change my DNA?« (»Kann ein mRNA-Vakzin meine DNA verändern?«). Die beiden fachfremden Journalisten des *Bayrischen Rundfunks* transportierten in diesem Artikel die Behauptung, dass die mRNA-Impfstoffe nicht die DNA des Patienten ändern könnten.

Zu diesem Thema wurde am 25. Februar 2022 eine neue Studie veröffentlicht. Die Studie der Forschergruppe Markus Aldén und Kollegen mit dem Titel »Intracellular Reverse Transcription of Pfizer Biontech Covid-19 mRNA Vaccine BNT162b2 In Vitro in Human Liver Cell Line« beweist nunmehr meine Herleitung des Rückwärtskopierens der Impfstoff-mRNA in die DNA. Damit ist die Integration der Impfstoff-Gene in den Zellkern der Zelle ohne größere Probleme möglich.

GEFÄHRLICHES MEDIENVERSAGEN

Der *BR* wurde damals um eine Stellungnahme zu diesem Thema gebeten, jedoch sind bis heute weder meine Fragen beantwortet, noch der Artikel korrigiert worden. Das bisher gezeigte unprofessionelle Verhalten der *BR*-Redaktion zeigt meines Erachtens eindeutig die Ablehnung, die eigenen Fehler zu korrigieren. Man könnte auch zum Schluss kommen, dass der Faktenfuchs hier absichtliche Propaganda und Fehlleitung der Bürger betreibt.

Was in diesem Fall noch schwerer wiegt, ist, dass sich diese *Fake-News* (Falschinformationen) nicht etwa auf irgendein unwichtiges technisches Gerät beziehen, sondern auf die Gesundheit der Leser. Und das erfolgt ausgerechnet durch vollkommen ungeschulte Journalisten in einem beratungsresistenten und selbsternannten »Qualitätsmedium«, das aber immer wieder den neuen unabhängigen Medienkonkurrenten genau diese *Fake-News* vorwirft. Unglaublich!

Eine Arbeitsgruppe um die Wissenschaftler Samuel Thuerkauf, Alexander Michels, Vanessa Riechert und Kollegen veröffentlichte schon am 21. März 2021 ein Papier, das nun bezüglich der sogenannten »Totimpfstoffe« besondere Wichtigkeit erlangt. Die wissenschaftliche Arbeit mit dem Titel »Quantitative assays reveal cell fusion at minimal levels of Sars-Cov-2 spike protein and fusion from without« stellt klar, dass das eigentliche giftige Agens bezüglich des Corona-Virus das sogenannte *Spike*-Protein ist.

KILLER-PROTEINE DURCH GENINJEKTIONSSTOFFE

Das *Spike*-Protein führt laut Studie über den ACE2-Rezeptor zur Vermittlung von Zellfusionen. Die entstehenden Synzytien (Riesenzellen aus vielen einzelnen Zellen) verstopfen dann nachfolgend Kapillargefäße und unterbinden die Blutzufuhr zu den betroffenen Geweben. Herzinfarkte, Lungenembolien und Schlaganfälle sind die Folgen. Es müssen nicht Viren oder viral durch Gen-Impfstoffe in Zellen neu produzierte *Spike*-Proteine anwesend sein, welche dann auf der Zelloberfläche von infizierten Zellen präsentiert werden und dann an ACE2-Rezeptoren uninfizierter Zellen binden und so die Fusion der Zellen starten. Es reicht allein schon die Anwesenheit von reinen *Spike*-Proteinen und nicht infizierten Zellen mit ACE2-Rezeptor aus. Auch diese fusionieren dann.

ETIKETTENSCHWINDEL »TOTIMPFSTOFF«

Da sämtliche Corona-»Impfstoffe« auf die Immunisierung gegen das Spike-Protein setzen, zeigen alle Gen-Impfstoffe diese massiven Nebenwirkungen. Der Novavax-Impfstoff ist im Übrigen kein »Totimpfstoff« im herkömmlichen Sinne, also ein inaktiviertes oder abgeschwächtes Virus. Es handelt sich vielmehr um einen Impfstoff, der das gentechnisch hergestellte Spike-Protein enthält, welches zusätzlich noch genetisch verändert wurde. Und diese Geninjektion wird das gleiche Spektrum an Nebenwirkungen zeigen, wie sie bereits von den bisherigen mRNA und Vektor-DNA-Gen-Impfstoffen bekannt ist. Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

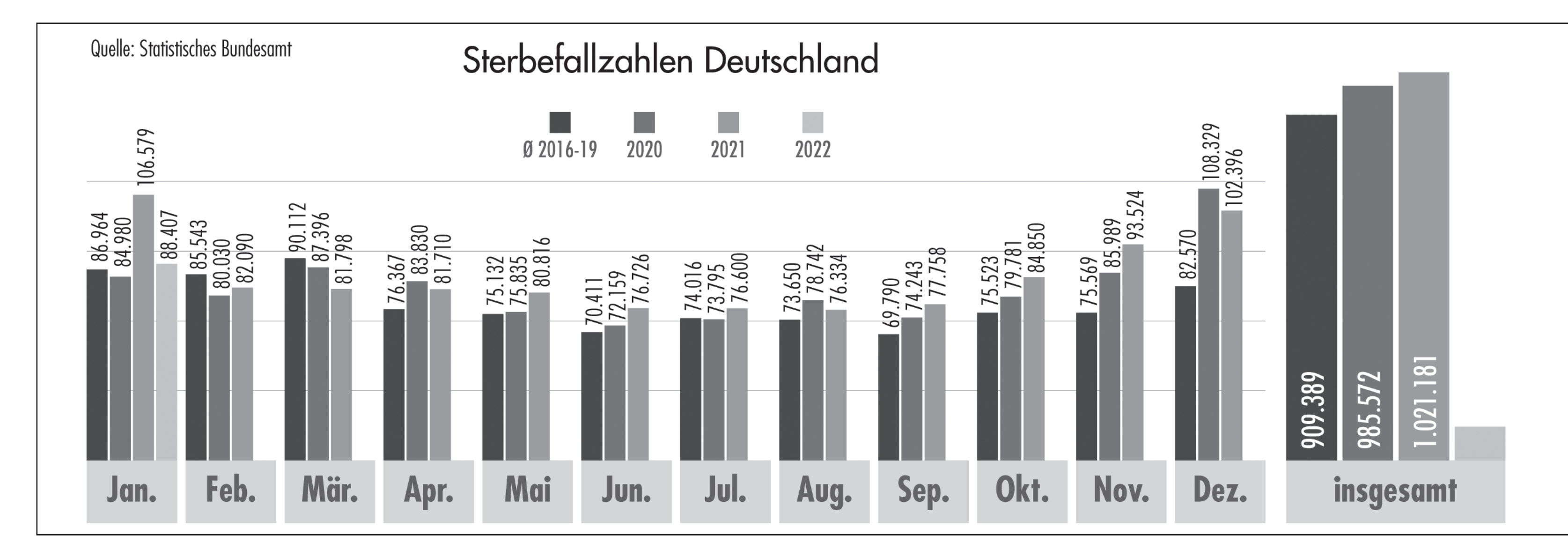
MELDUNG

FREIHEITSFLICKENTEPPICH

Berlin/DW. Ab dem 20. März 2022 gilt in Deutschland die sogenannte »Hotspot«-Regel (Brennpunkt-Regel). Nach dieser können auf Ebene der Landkreise die Freiheitseinschränkungen über die sogenannten Basis-Schutzmaßnahmen hinaus erhöht werden, sollten die wissenschaftlich wertlosen »Inzidenzzahlen« ansteigen. Zu den Basisschutz-Maßnahmen gehört das Tragen einer Schutzmaske. Laut Umfragen will jeder zweite Deutsche auch nach dem Auslaufen der Maskenpflicht freiwillig sein Gesicht mit dem Symbol der Unterwerfung bedecken. (nir)

VON GUN-SHOTS ZU VACCINE-SHOTS

Karl Lauterbach will ukrainische Flüchtlinge »impfen«. Die meisten seien – wenn überhaupt – nur mit dem in der EU nicht zugelassen chinesischen »Impf«-Stoff Sinovac gespritzt worden. Bayerns Vertreter auf der Gesundheitsministerkonferenz Klaus Holetschek mahnte, dass zu den »traumatischen Kriegs- bzw. Fluchterfahrungen (...) nicht auch noch eine Coronainfektion hinzukommen« sollte. Über zu erwartende Impfschäden für die vom Krieg gezeichneten Ukrainern äußerte er sich nicht. (nir)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

And the winner is…

ANALYSE UND KOMMENTAR von Rainer Rupp

Die US-Kriegstreiber haben lange und hart für die russische Militärintervention in der Ukraine gearbeitet und sie am 24. Februar dieses Jahres doch noch bekommen.

Dadurch haben sie kurz-, wenn nicht sogar mittelfristig, ihr strategisches Ziel in Europa erreicht und Washington ist somit der Hauptgewinner in diesem Krieg. Die Hauptverlierer sind die Menschen der West-Ukraine und ihre Soldaten. Sie haben sich mit großartigen Versprechen über eine goldene Zukunft in der EU und Mitgliedschaft in der Nato dazu verleiten lassen, sehenden Auges in ihr Verderben zu gehen und dem Westen als Lanzenspitze gegen den russischen Bären zu dienen.

Unter Ermunterung von US-Nato haben sie dem Russen immer stärker zugesetzt, bis der keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat, als die faschistische ukrainische Lanzenspitze mit einem gewaltigen Schlag abzubrechen.

Zu ihrem Entsetzen haben die West-Ukrainer plötzlich bemerkt, dass sie allein auf weiter Flur von ihren Beschützern verlassen im Regen stehen, während man hinter den Kulissen in Washington sich heimlich zu dem Erfolg der Ukraine-Operation beglückwünscht. Denn es ist Washington gelungen, der Öffentlichkeit der Länder des »Wertewestens« das Märchen von der unschuldigen, hilflosen Ukraine zu verkaufen, die von dem von Großmachtgelüsten besessenen russischen Monster namens Wladimir Putin brutal vergewaltigt worden ist. Der Erfolg dieser meisterhaft durchgeführten Operation der psychologischen Kriegsführung gegen Russland ist umwerfend:

Die in den letzten Jahren zusehend in Frage gestellte Nato, die sogar der französische Präsident Emmanuel Macron bereits als »hirntot« bezeichnet hatte, hat eine ungeheure Aufwertung und neue öffentliche Akzeptanz erfahren. Was natürlich auch für die USA als Nato-Führungsmacht gilt. Das Hauptanliegen Washingtons, einen dauerhaften Keil zwischen Europa und Russland, vor allem aber zwischen Berlin und Moskau zu treiben, war ein voller Erfolg.



Leben wir in dem besten Deutschland, das es jemals gegeben hat? *Foto: Sandra Doornbos*

Auch die dauerhafte ökonomische Schwächung Deutschlands und Europas durch die Abkopplung von russischen Rohstoffen und Märkten sichert Washington in Europa die wirtschaftspolitische Führungsrolle auch in Bezug der US-Politik gegen China. Dagegen dürfte die Hoffnung, dass die russische Wirtschaft durch die scharfen Sanktionen des Westens langfristig in die Knie gezwungen werden könnte, eher in den Bereich der Wunschträume gehören.

Selbst namhaften US-Wirtschaftskreise erwarten für Russland kaum mehr als einen kurzfristigen, scharfen Schock der Anpassung an neue Gegebenheiten. Dafür sprechen eine Reihe von Gründen. Wobei die nachfolgende Liste nicht vollständig ist:

- Erstens steht der aufsteigende und rohstoffhungrige Riese China hinter den Russen,
- zweitens ist Russland ziemlich autark und
- drittens haben sich die westlichen Sanktionen in der Vergangenheit nach einer kurzen Durststrecke positiv auf die russische Eigeninitiative und Produktion ausgewirkt.
- Viertens steht der russische Staat auch finanziell weitaus solider da, als die total überschuldeten Länder des »Wertewestens«.
- Fünftens, selbst ein schwaches Land wie der Iran, das in keiner Weise mit der Industriemacht Russland verglichen werden kann, ist trotz der nicht weniger scharfen US-Sanktionen nicht in die Knie gegangen.

Was die Auswirkungen der US/EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland betrifft, so scheinen sich zunehmend die ursprünglich bereits vorhandenen Warnungen zu bestätigen, dass es sich dabei um einen Schuss in den eigenen Fuß des Westländer handelt. Fakt ist, dass Russland nach einer Phase der Umorientierung neue und willige Käufer auch für den Teil seiner begehrten Rohstoffe finden wird, die bisher nach Europa und in die USA gingen.

Für Europa, vor allem aber für Deutschland, wird es so gut wie unmöglich sein, in absehbarer Zeit einen mengenmäßigen und erst recht einen kostengünstigen Ersatz für russische Energielieferungen zu finden. Das bedeutet für Deutschland sowohl steigende Preise für energieintensive Produktion als auch sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit, wachsende Arbeitslosigkeit und weniger Kaufkraft für die eigene Bevölkerung, was man bereits jetzt sieht.

Mittelfristig lässt sich daher feststellen, dass Russland sehr wohl ohne Deutschland und Europa, dafür aber in Kooperation mit den aufsteigenden Ländern Asiens, florieren kann. Umgekehrt trifft das für Deutschland nicht zu!

Das Erstaunlichste bei dieser Sache ist, dass die simplistische Verdrehung der tatsächlichen Ereignisse in der Ukraine, welche vorhersehbar zur russischen Intervention geführt haben, von der inzwischen handzahmen Masse der Bevölkerung im Westen kritiklos und teils begierig aufgesaugt wird. Offensichtlich haben die herrschenden Eliten mit den Erfahrungen von zwei Jahren Corona-Indoktrination – 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche in gleichgeschalteten Medien – die Methoden zur Schaffung von Massenpsychosen dahingehend verfeinert, dass man sie nun mit ebenso großem Erfolg zur Schaffung von Kriegspropaganda gegen zuvor freundliche Nationen verwenden kann.

Dem aufmerksamen Beobachter werden die Parallelen zwischen der Corona- und der aktueller Russenhysterie nicht entgangen sein. Es sind die gleichen exzessiven, oft idiotischen und im Fall der Ukraine hochgefährlichen Forderungen unserer Politiker und Medien, mit dem einzigen Unterschied, dass sich der Hass und die Hetze diesmal nicht gegen die Ungeimpften, sondern gegen Putin und das ganze Volk der Russen richtet.



Publizist Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. 1983 verhinderte er wahrscheinlich einen Atomkrieg.

MIT DEM RICHTIGEN FEIND IN DEN KRIEG

Die Hetze gegen Russen ist kein zufälliger Ausrutscher einer Kulturnation. Sie hat Methode und ist ein uralter Trick, um die Menschen für den Krieg zu mobilisieren.

Von Hermann Ploppa

Deutschland ist wieder in die blanke Barbarei abgerutscht. Man kann ja Putin wegen seiner Ukraine-Vorstöße kritisieren oder auch schmähen. Aber warum werden deswegen Russen in Deutschland angegriffen, gemobbt oder aus ihren Jobs geworfen? Russische Gemüseläden im deutschen Großstadtkiez mit Farbe beschmiert? Es kracht schon wieder in der Nacht vom zerberstenden Kristall deutsch-russischer Geschäfte. Wir sind fassungslos.

Aber was hier geschieht, ist alles andere als ein emotionaler Ausbruch erniedrigter deutscher Kleinbürger. Hier agieren im Dunkel der Nacht angeheuerte Provokateure aus dem Milieu der Geheimdienste: Antifa-Schläger und Nazi-Schläger – getrennt marschieren, vereint zuschlagen. Dasselbe Personal heuert gerade auch bei den Asow-Neonazis in der Ukraine an. Dass ausgesuchte Minderheiten zum Abschuss freigegeben werden, hat Methode. Wer unterschiedlichste Fraktionen der Bevölkerung einer bestimmten Nation, die eigentlich nicht miteinander zusammenarbeiten, zu einem Krieg gegen eine andere Nation vereinigen will, muss eine bestimmte Minderheit aussuchen. Im geschürten Hass gegen diese Minderheit finden sich Leute in »Solidarität« zusammen, die sich sonst niemals die Hand geben würden.

Diese Erkenntnis stammt von bedeutenden Theoretikern der Massenmanipulation wie Gustave Le Bon, Walter Lippmann, Edward Bernays oder Adolf Hitler. In die Praxis umgesetzt wurden diese Erkenntnisse, als im Ersten Weltkrieg Frankreich und Großbritannien im Jahre 1917 de facto pleite waren. Große Kriegskredite des Bankenkonsortiums um JP Morgan drohten verloren zu gehen. Um diese Kredite zu retten, mussten nun amerikanische Soldaten ausgehoben werden.

DER KRIEG BRAUCHT IMMER SÜNDENBÖCKE

Um die nötige Kriegsbegeisterung zu schüren, mussten die Deutschen, die eben noch in den USA bewundert wurden, zu subhumanen Monstern umgeschrieben werden. Den deutschen Soldaten wurde angedichtet, dass sie in Brüssel im Rudel Frauen vergewaltigten oder Babys mit Bajonetten aufspießen würden. Die Propagandalügen waren ein großer Erfolg. Deutsche in den USA wurden gemobbt, bespuckt und gelyncht.

Wie wir alle wissen, haben die Nazis diese Methoden kopiert. Die Juden, die längst in die deutsche Gesellschaft assimiliert waren, wurden durch Volkszählungen erst ausfindig gemacht und dann zunehmend stigmatisiert – mit den bekannten Folgen. Wir erinnern uns, dass bei nachfolgenden Kriegen zum Beispiel Serben im Jugoslawienkrieg verteufelt wurden. Dann waren die Muslime dran.

Wir haben in all den Jahren viel gelernt. Wir werden diesmal doch wohl in der Lage sein, diese Inszenierung zu durchschauen als unverzichtbaren Trick zur Kriegsvorbereitung. Lassen wir uns nicht anstecken von den schmutzigen Manövern der Geheimdienste und bleiben wir Mensch. Die Russen und Deutsch-Russen gehören zu uns.

Wut-Wort 2022: Solidarität!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick Von Nadine Strotmann

Wenn es ein Wort gibt, das nachhaltig und für immer aus meinem Wortschatz verschwindet, dann ist es Solidarität. Das Wort ist missbraucht, zerstört, ausgelutscht.

Erst mussten wir uns aus Solidarität Masken, Gentherapien und Niederschlüsse gefallen lassen, jetzt müssen wir aus Solidarität horrende Sprit- und Energiepreise tragen und 100 Milliarden Euro an Rüstungskosten finanzieren. Wem gilt eigentlich diese Solidarität? *Big Pharma*? Der Rüstungsindustrie? Den fetten Gehältern der Abgeordneten?

Dieses Solidaritäts-Gequatsche nervt, denn es geht nicht um »unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele« (Definition laut Wikipedia). Der Begriff entstammt der Arbeiterbewegung, ist durch und durch positiv belegt und wurde in den vergangenen Monaten wie kaum ein anderes Wort immer wieder von Eliten und ihren Marionetten massiv missbraucht.

REGIERUNG BETREIBT PREISWUCHER

Was haben wir mit den Regierenden und Mächtigen, die derzeit von der Testpandemie und dem Ukraine-Krieg profitieren, gemein? Was erlauben sich eigentlich die verantwortlichen Politiker, uns derart viel zuzumuten? An Lügen, Verarmung und Augenwischerei. Und was erlaubt sich aktuell Christian Lindner, Finanzminister der FDP? Lindner, der wirbellose Wattwurm, hat wieder seinem Beinamen alle Ehre gemacht. Er verkündete neulich in den Medien, es gebe keine Steuerentlastungen für die Deutschen, das wäre halt der Preis für unsere Solidarität mit der Ukraine. Für wie dumm hält Lindner uns?

Der Staat packt derzeit rund 54 Prozent an Kosten auf den Einkaufspreis. Unsere polnischen Nachbarn haben kürzlich Steuern gesenkt, damit das eigene Volk die anlaufende Inflation besser verkraftet und Mobilität für jeden möglich bleibt. Bei uns läuft das genau andersherum. Wir haben sogar in der selbst initiierten Corona-Krise eine CO2-Steuer aufs Auge gedrückt bekommen. Aber wen wundert es? Wenn selbst der Kanzler Olaf Scholz bekennt, er habe so ein gutes Gehalt, er kenne daher aktuelle Spritpreise nicht, dann muss der Michel halt blechen. Doch damit nicht genug. Auch die Gaspreise steigen: je Megawattstunde seit September um rund 370 Prozent! 100 Liter Heizöl sind seit Jahresbeginn rund 100 Euro teurer geworden.

FÜR DEUTSCHE KEINE SOLIDARITÄT

Angesichts solcher Zahlen lässt die Verarmung des Volkes nur auf sich warten. Und dass dann auch noch Menschen auf die Straße gehen und aus Solidarität mit der Ukraine frieren wollen, lässt wirklich die Frage nach dem gesunden Menschenverstand aufkommen. Die dramatisch steigenden Energiepreise werden für viele Menschen kaum noch zu schultern sein, geschweige denn von vielen Betrieben. Und wieso gilt eigentlich keine Solidarität mit dem eigenen Volk?



Da ist wohl jemandem die Alu-Maske verrutscht.
Foto: Sandra Doornbos

Und weil das nicht schon schlimm genug ist, kommt auch noch Ursula von der Leyen (EU-Kommissionspräsidentin) daher, die noch nie Teil der Lösung, sondern immer Teil des Problems war und gibt tolle Ratschläge. Sie forderte jüngst die Bürger zum Energiesparen auf, um Europa schneller von Gas, Öl und Kohle aus Russland unabhängig zu machen. Dazu könne jeder beitragen, sagte die CDU-Politikerin am Mittwoch im *ZDF-Morgenmagazin*. Diese Aufforderung grenzt an Hohn für eine schwerarbeitende Bevölkerung, die nach zwei Jahren Testpandemie in jeglicher Hinsicht ausgelaugt ist. Im Elfenbeinturm Tipps für Demut und Bescheidenheit geben – genau unser Humor. Es wird Zeit, dass wir diese Demagogen aus ihren prächtigen Hütten vertreiben – und ihnen wieder mehr Realitätssinn und passende Vergütung zukommen lassen. Meine Empfehlung: Maximal Mindestlohn. So viel Solidarität darf dann sein.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Wehret den Anfängen?

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Es gibt Straftatbestände, mit denen ein redlicher Rechtsanwalt in seiner Tätigkeit als Strafverteidiger in der »Vor-Corona-Zeit« selten bis gar nicht in Berührung kam. Dies liegt vor allem daran, dass diese Straftatbestände bisher lediglich von ganz »spezieller Kundschaft« verwirklicht wurden.

Einer dieser Tatbestände ist der des § 130 StGB, geführt unter der Bezeichnung »Volksverhetzung«. Hier denkt man natürlich sofort an Holocaust-Leugner, Nazis und Antisemiten. Diese Gruppen gehörten vor meiner Tätigkeit als maßnahmenkritischer Rechtsanwalt eben nicht zu meinen üblichen Mandanten.

Umso erstaunlicher ist die Entwicklung der letzten 18 Monate. Es häufen sich die Anfragen, ob ich vermeintliche Volksverhetzer vor Gericht verteidigen kann. Dabei handelt es sich aber eben nicht um die oben genannte Gruppen, sondern vielmehr um Maßnahmenkritiker, die mehr oder weniger öffentlich sich wohl von dem Gedanken »Wehret den Anfängen« leiten lassen und zum Teil recht plakativ das Unrecht der dunkelsten Geschichte unseres Landes zu einem Vergleich mit der heutigen Situation von Ausgeschlossenen heranziehen. Über den Sinn und Unsinn solcher Aktionen kann man trefflich streiten, eben auch vor Gericht.

So geschehen bei einem meiner ersten Fälle dieser Art. Die Mandantin hatte in einem persischen Imbiss einen gelben Button mit der Aufschrift »maskenbefreit« getragen und darunter einen Davidstern gesetzt. Wohlgemerkt handelte es sich nicht um *den* Judenstern. Dennoch sah sich ein Polizeibeamter dazu angehalten, den Sachverhalt mittels Strafanzeige zu verfolgen, obwohl er den Button erst nach einer langen Diskussion zum Thema Maske bemerkt hatte.

In der 1. Instanz sprach das AG Köln die Mandantin frei, denn das Tatbestandsmerkmal des § 130 Abs.3 StGB »Eignung der Störung des öffentlichen Friedens« war gar nicht erfüllt. Niemand hatte den Button wirklich bemerkt. Hiergegen ging die Staatsanwaltschaft in Berufung und stellte sich gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie des OLG Saarbrücken zu einem ähnlichen Fall. Schließlich musste die Staatsanwältin nach ausführlicher Erörterung in der Berufungsverhandlung vor dem LG Köln das Rechtsmittel zurückziehen, da keine Aussicht auf Erfolg bestand. Der Freispruch des AG Köln wurde also rechtskräftig.

Ich habe noch zahlreiche ähnliche Fälle, unter anderen sogar mit Judensternen und der Aufschrift »ungeimpft«, zu verteidigen. Die Gerichte tendieren zwar zu der Ansicht, dass es sich hierbei um eine Verharmlosung der Judenverfolgung handelt. Jedoch betonte das AG und auch das LG Köln, dass es sich hierbei um eine noch erlaubte und – wenn auch – zugespitzt dargestellte Meinungsäußerung handelt und eben keine Gefährdung des öffentlichen Friedens darstellt. Und noch etwas liegt diesen Mandanten fern, auch wenn man über die Art der Meinungsäußerung durchaus streiten kann: Eine antisemitische Motivation.



CORONA REICHT NICHT MEHR

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Mir wurde in den letzten Wochen oft die Frage gestellt, warum ich mich so häufig zum Ukraine-Krieg äußere, mein Fachgebiet sei doch Corona und Demos. Nun, ich denke es ist inzwischen ziemlich offensichtlich, dass das Corona-Narrativ nicht mehr ausreicht, um die Menschen dauerhaft in Angst und Schrecken zu halten.

Auch wenn die Parteien der radikalen Mitte in Deutschland nach wie vor versuchen, die Impfpflicht durchs Parlament zur peitschen, global gesehen zieht das Corona-Narrativ nicht mehr. Kürzlich änderte das RKI seine Einschätzung zum Thema Fremdschutz der sogenannten Corona-Impfung, also der experimentellen Gentherapie. Demnach sei ein Fremdschutz nicht mehr gegeben. Wird das die deutschen Parlamentarier davon abhalten, eine Impfpflicht zu beschließen? Ich denke nicht.

Man wird ein »Argument« finden und sei es nur, dass man die Menschen vor sich selbst schützen müsse, notfalls gegen ihren Willen. Das Bundesverfassungsgericht wird diese Impfpflicht absegnen und wahrscheinlich mit der Überlastung des Gesundheitssystems argumentieren. Die Frage ist nicht mehr, ob wir in einem Rechtsstaat leben, die Frage ist, ob sich die Menschen in Deutschland jedes Unrecht gefallen lassen.

Um die Menschen weiter zu kontrollieren, muss das Angstniveau hochgehalten werden. Da kommt der Ukraine-Krieg gerade recht. Die Altmedien überschlagen sich mit Kriegspropaganda. Auf Solidaritätsdemos wird nicht für den Frieden geworben, sondern für die Lieferung von Waffen, damit die Ukraine den Krieg gegen den neuen Feind, den Russen, gewinnt. Die Zensur nimmt zu, auf beiden Seiten - die Gefahr eines Weltkrieges steigt.

Während die Altmedien *Fake News* und Kriegspropaganda am laufenden Band liefern, plant die europäische Union Desinformation über den Ukraine-Krieg künftig zu bestrafen. Reine Zensur reicht offenbar nicht mehr aus. Informationen, die nicht gefallen, müssen laut EU unter Strafe gestellt werden.

Deutschland liefert derweil Waffen in die Ukraine und die CDU möchte einen *Iron Dome* (eiserne Kuppel) gegen russische Raketen in Berlin. Der Wirtschaftskrieg ist schon da. Der heiße Krieg zwischen Ost und West wird provoziert und die Angst davor wird genutzt, um die Menschen weiterhin gefügig zu halten.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | Von Hendrik Sodenkamp

Das Ritual ist in den letzten zwei Jahren so eingeübt worden, dass es auch der letzte Untertan verstanden hat: Bekenne Dich öffentlich zu Deinem Herren. Seit dem 11. September 2001 befindet sich der Westen in einem asymmetrischen Krieg gegen alles und jeden, um angesichts immer schlechter werdender Lebensbedingungen noch Gravitation nach innen entfalten zu können.

Die neoliberale Epoche, die nach der gescheiterten Revolution von 1968 begann, kommt an ihr Ende und zeigt offen die absolutistische und barocke Vorstellungswelt, die ihr von Beginn an eingeschrieben war. Der Konfessionszwang, also der Zwang den Glauben annehmen zu müssen, den der Landesherr öffentlich zu Schau stellt, wird mittlerweile dermaßen auf die Spitze getrieben, dass die Menschen sich Spritzen in den eigenen Körper rammen müssen, um unter Beweis zu stellen, dass sie den Äußerungen des Landesherren zu deren Sicherheit vertrauen.

Eine eiserne Glaubensgemeinschaft hat sich konstituiert, bereit jeden Andersgläubigen vom Erdenrund zu vertreiben. Dass sich jetzt auch weltbekannte Musiker wie die Sängerin Anna Netrebko oder der Dirigent Waleri Gergijew für einen Landesherren entscheiden müssen, ist die Konsequenz dieser Logik.

Die Barocke Vorstellungswelt, die historische und die gegenwärtige, ging immer davon aus, dass sich im Grunde überhaupt nichts verändert und verändern soll. In beiden Fällen lagen dem traumatische Erlebnisse zu Grunde, die dann instrumentalisiert wurden, um einen irgendwann unerträglichen und unhaltbaren Zustand in Stein zu meißeln. Einmal der 30-jährige Krieg und zum anderen die Gräuel des zweiten Weltkrieges.

DOCH KEIN ENDE DER GESCHICHTE?

Was die westliche und die westdeutsche polit-mediale Kaste dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht verzeihen kann, ist, dass dieser das ausgerufene »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) oberflächlich ankratzt, indem er einen neuen Krieg in Europa anzettelt. Der unter Korruptionsverdacht stehende deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) war entrüstet, weil er sich in die Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts zurück katapultiert sah.

Putin rekurriert derweil auf den zweiten Weltkrieg und inszeniert ein »reenactment« des zweiten Weltkrieges, indem er die Motive des Großen Vaterländischen Krieges hervorkramt. In Deutschland wirkt das ironisch zitierend, da die Deutschen dieses Nachstellen des Zweiten Weltkrieges mehrfach bereits hinter sich haben und Putins Nachstellung wie eine Nachstellung der Nachstellung daherkommt. Was hier aufeinanderprallt sind im Grunde angebotene drei Prismen, durch die wir die gegenwärtigen Geschehnisse betrachten sollen.



Kann die Demokratiebewegung den Impfzwang noch abwenden? *Foto: Sandra Doornbos*

WAS PASSIERT HIER GERADE?

Da ist zunächst die unendliche Zeit des biblisch-barocken Paradieses, in welchem sich der westliche Hauptstrom zu sein wähnt und in die der Krieg jetzt störend einfällt. Der hiesig verallgemeinerte Zorn gilt dem Ruhestörer, welcher den dösigen Schlummer unter einer ewig strahlenden Mittagssonne unterbricht.

Dann ist da das Wahrnehmungsschema Zweiter Weltkrieg. Sowohl der Westen als auch Russland schieben sich dabei jeweils zu, Hitler zu sein. Der Westen sieht in Putin den alten Aggressor, der gedemütigt durch die Niederlage im letzten Krieg auf Revanche aus ist. Alle russischen Volksgenossen sollen wieder Heim ins Reich aufgenommen werden, so die westliche Vorstellung von der Politik Putins, und der Nato-Westen erinnert sich bebend auf ein Neues an die Appeasement-Politik des ehemaligen britischen Premierministers Neville Chamberlains, der in München 1938 immense Zugeständnisse an Hitler machte und zurück in England von »Frieden in unserer Zeit« träumte.

HITLER & HITLER

»Bei solchen Typen«, so hört man, »hilft nur knallharte Konfrontation« und man wirft sich in die Churchill-Pose. Aber auch in Russland werden, wie gesagt, die Erinnerungen an Hitler wachgerufen. Sind die Abmachungen mit dem Westen nicht doch auch so etwas wie der Hitler-Stalin-Pakt? Also Abmachungen, die nur getroffen wurden, umso härter zuschlagen zu können? Hinter jedem Strauch, auf jedem Baum, in jedem Acker lauert Hitler.

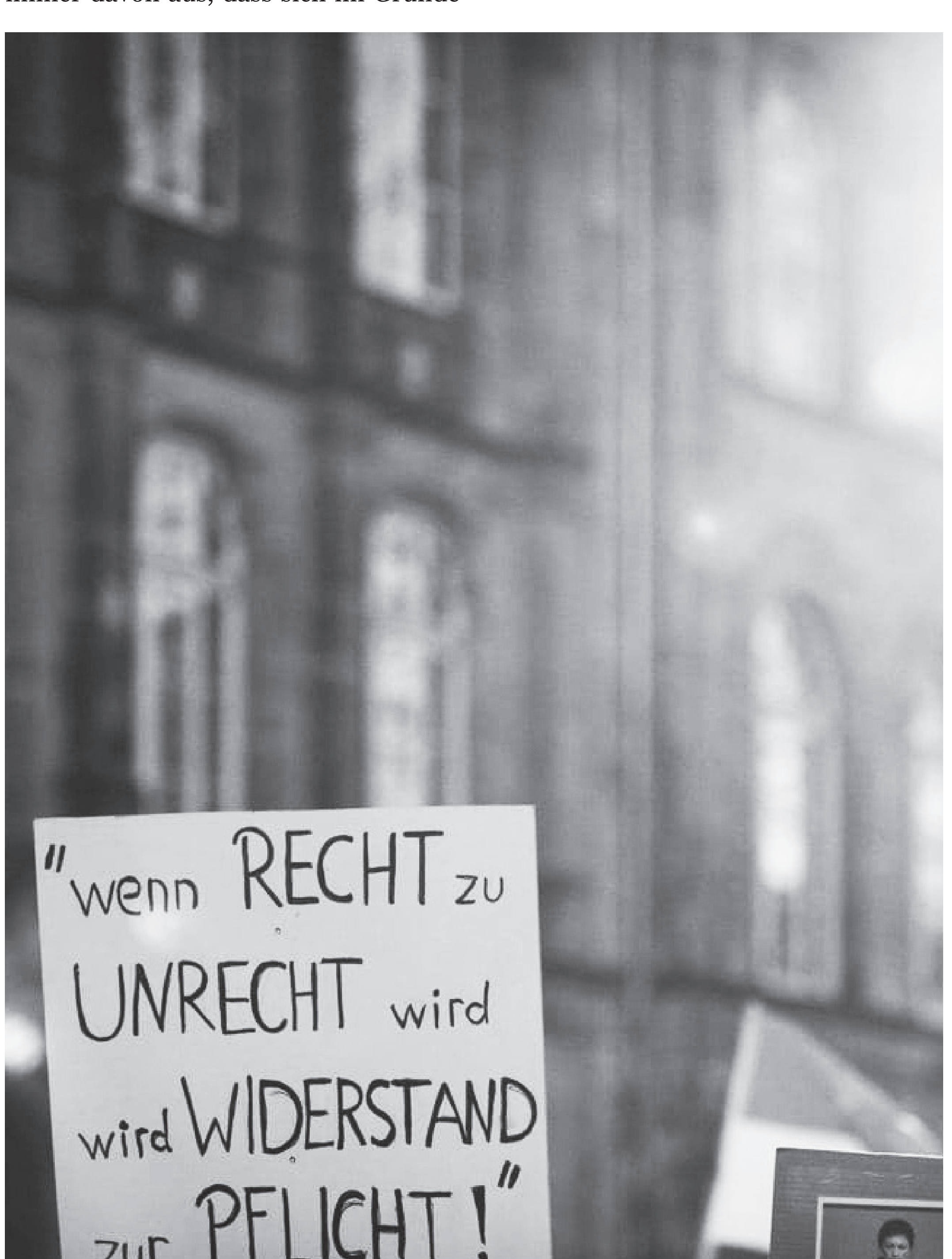
Interessanter ist da schon das Prisma Erster Weltkrieg, wobei auch hier gestritten wird, wer welche Rolle einnimmt. Wer hat die Kanonenboot-Politik im Vorfeld betrieben? War es der Nato-Westen mit seinem Vorrücken der Raketen oder war es Putin mit seinem Nein zum Sturz des syrischen Oberchefs Baschar al-Assad?

Wer hat hier wen eingekreist, wer hat sich ausgekreist? Wer hat die Nibelungentreue geschworen? Russland den Volksrepubliken, oder der Westen dem nazistisch durchwobenen Regime in Kiew? Wessen Ökonomie drängt in ihrem sich abzeichnenden Zusammenbruch mehr zum Erstschlag? Wollte Nato oder Russland seinen Platz an der Sonne des Schwarzen Meers? Beide Seiten schieben sich den schwarzen Peter zu, für jede dieser Fragen wird sich jemand finden, der sie für die eine oder die andere Seite beantwortet.

EINE NEUE VERFASSUNG

Mein hochgeschätzter Kollege Anselm Lenz nannte das kürzlich die »Wiederholung des 20. Jahrhunderts als Farce«. Feststeht, dass noch nach jeder mittelalterlich-barocken Epoche mit ihren ornamentalen Gefühlswelten, ihrem Glauben an eine unendlich festgefügte Zeit und ihrem feisten Personal, eine neue klassische Zeit anbrach: die Renaissance, die Klassik um 1800, die Moderne nach 1918.

Kriege sind dabei als brutale Geburtshelfer nicht notwendig, schaut man sich die französische Revolution an. Vielmehr drängt es zu einer gesellschaftlichen Neuverständigung, einer neuen Verfassung, auf Höhe der Zeit, des allgemeinen Bewusstseins und auf dem Stand der technischen Entwicklung. Und mit Verfassung ist durchaus ein Verfassungstext gemeint.



... und Gehorsam wird zum Verbrechen. *Foto: Sandra Doornbos*



Außergewöhnliche Hilfsbereitschaft an den Raststätten nahe der deutsch-holländischen Grenze. *Foto: Julia Papke*

DRAMA AN DEUTSCHEN RASTSTÄTTEN

Die fragwürdigen Sanktionen gegen Russland treffen auch LKW-Fahrer auf europäischen Autobahnen. | Bericht von Hannes Henkelmann

Seit Tagen sitzen viele russische und weißrussische LKW-Fahrer auf Autobahnraststätten fest. Zumeist ohne Bargeld, Wasser und Lebensmittel warten. Die Behörden sind untätig, während sich private Hilfe schnell formierte.

Stellvertretend für das Schicksal von vermutlich Zehntausenden von gestrandeten Truckern sei hier die Geschichte von Arkadi aus Minsk (Weißrussland) erzählt. Er hatte vor zehn Tagen seinen LKW mit Holz beladen und sich auf den Weg nach Frankreich begeben. Er sollte seinen Zielort jedoch nie erreichen, da ihn in Deutschland die Nachricht über die verhängten Sanktionen erreichte, welche eine Weiterfahrt sinnlos machte.

Unschlüssig suchte er eine Raststätte auf, um dort festzustellen, dass seine russische Bankkarte als Zahlungsmittel nicht mehr akzeptiert wird. Weil er als einziger Russe/Weißrusse dort parkte, und weil in seiner unmittelbaren Umgebung fünf polnische Trucks mit ukrainischen Fahrern standen, hat Arkadi aus Angst sein Fahrzeug nicht mehr verlassen. Immerhin wusste die lokale Polizei von der Problematik und zeigte mehrfach nachts Präsenz.

ÜBERWÄLTIGENDE HILFSBEREITSCHAFT

Dann geschah ein kleines Wunder. Einige Russlanddeutsche haben von den Schwierigkeiten der LKW-Fahrer gehört und eine Telegram-Gruppe ins Leben gerufen. Dort können Mitglieder die Standorte von festsitzenden Trucks teilen, und Mitstreiter, die in die Nähe wohnen, kümmern sich fortan um die Fahrer. Arkadi hatte Tränen in den Augen, als er vor zwei Tagen zum ersten Mal mit Lebensmitteln versorgt wurde. Seit dem bringen die Helfer ihm täglich ein Mittagessen und sprechen ihm Mut zu. Einmal haben sie auch die Bewachung des Lastwagens übernommen und Arkadi die Gelegenheit gegeben, bei ihnen zu Hause zu duschen.

Wie es mit Arkadi weitergeht, steht in den Sternen. Abgesehen von der Polizeistreife hat er von den deutschen Behörden in näherer Zukunft vermutlich nicht viel zu erwarten. Seine Helfer werden ihn nicht fallen lassen, so viel ist aber sicher.

Die russische Telegram-Gruppe »Помощь Мото Братства« verzeichnet nach zwei Tagen mittlerweile schon 12.500 Mitglieder. Zehn Admins sind Tag und Nacht im Einsatz. Die Hilfs – und Spendenbereitschaft ist groß.

Das sagen ukrainische Demokraten

Der Feind unseres Feindes ist nicht unbedingt unser Freund. | Von Burak Erbasi

Die russische Invasion bis hinein in das Kernland der Ukraine ist ein Völkerrechtsbruch – das streitet kaum jemand in der Demokratiebewegung ab. Doch allzu oft wird über die Köpfe der Ukrainer hinweg diskutiert. Teilweise wird das militärische Vorgehen Russlands, auch von friedensbewegten Demokraten, verharmlost oder relativiert. Deshalb habe ich in den letzten Tagen persönliche Gespräche mit ukrainischstämmigen Demokraten aus Deutschland geführt und sie gebeten, ihre persönlichen Eindrücke und Gedanken zu schildern.

Georgy sieht sich als Teil der Demokratie- und Freiheitsbewegung und ist aktives Mitglied bei Studenten stehen auf Berlin:
»Der Krieg wird von allen Seiten instrumentalisiert. Mein Vater ist Ukrainer, meine Mutter Russin. Wir trauern um die vielen Toten und Vertriebenen. Wir erleben derzeit eine scheinheilige Solidarität des Westens. Ihnen geht es nicht um das Wohl der Ukrainer. Auch Russland verfolgt knallhart seine eigenen Interessen. Ich wünsche mir echte Unterstützung für das ukrainische Volk. Angesichts der aktuellen Lage hat die Nato auch eine Daseinsberechtigung, es muss aber die freiwillige Entscheidung der Ukrainer sein, ob sie diesem Bündnis beitreten oder nicht. Wir wollen selbstbestimmt unser Land gestalten und frei sein.«

Bojan, Montagsspaziergänger der ersten Stunde, lebt in Stuttgart und hat die Nase voll von den Russen:
»Ich kann die Sicherheitsbedenken der Russen verstehen, das gibt ihnen aber nicht das Recht, unser Land zu überfallen und Menschen zu töten. Ich bin fassungslos, wie selbstverständlich über die Ukraine geredet wird, als handle es sich dabei um Verfügungsmasse für andere Länder. Die Ukraine ist ein souveräner Staat und KEINE Pufferzone oder irgendein Satellitenstaat. Dass die ukrainische Regierung vom Westen beeinflusst wird, spielt hierbei keine Rolle. Das müssen die Ukrainer selbst klären.«

Anja ist in Kiew geboren und wohnt seit acht Jahren mit ihrem deutschen Ehemann in München:
»Bitte helft einfach der ukrainischen Bevölkerung, vor allem den Menschen vor Ort. Mehr können wir nicht tun. Die Regierungen begehen Fehler und bekriegen sich, aber die, die wirklich leiden, sind wieder die einfachen Menschen. Ich glaube nicht, dass wir mit Demos gegen Putin etwas erreichen können. Ich möchte mich auch nicht auf die Seite der verlogenen EU stellen. Ich habe bis heute schon über 2.000 Euro für die Ukraine gespendet und werde jetzt auch eine ukrainische Familie bei mir aufnehmen. Ich bete zu Gott, dass der Krieg bald aufhört. Russen und Ukrainer verdienen es, in Frieden zu leben.«

Zum Schluss noch die Einschätzung des ukrainischstämmigen Münchners Iwan, der sich selbst scherzhaft als »Aluhut« bezeichnet:
»Alles läuft wie immer nach Plan. Krieg und Verelendung. Genau das wollen die Eliten doch! Ich traue auch Putin nicht über den Weg. Das sage ich nicht, weil ich Ukrainer bin. Der Typ kommt doch mit seinem Krieg wie gerufen – jetzt, wo die *Fake*-Seuche zu Ende gespielt wurde. Schauen wir uns doch einfach mal an, was uns praktisch widerfährt: Alles wird teurer, Menschen werden vertrieben und alle sind in Panik. Die Verbrechen der Corona-Satanisten sollen so vertuscht werden, und mit dem Kriegsrecht werden sie uns auch noch die letzten Freiheiten nehmen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, und müssen zusammen gegen ›die da oben‹ kämpfen – sonst landen wir 2030 in einer totalitären Weltdiktatur. «



Burak Erbasi ist fester Chef vom Dienst in der DW-Redaktion und nebenbei freischaffender Künstler.

SCHUSSWAFFEN-GEBRAUCH?

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Vom russischen Schriftsteller Anton Tschechow stammt der Satz: »Wenn im ersten Akt ein Gewehr an der Wand hängt, dann wird es im letzten Akt abgefeuert.« Anmerkungen zur Allgemeinverfügung der Stadt Ostfildern.

Am 26. Januar 2022 erließ die Stadt Ostfildern eine Allgemeinverfügung hinsichtlich der Untersagung von sogenannten Montags- beziehungsweise Abendspaziergängen. Dort konnte man lesen:

»Die Teilnahme an allen öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel auf der Gemarkung der Stadt Ostfildern, die mit generellen Aufrufen zu ›Abendspaziergängen‹, ›Montagsspaziergängen‹ oder ›Spaziergängen‹ in Zusammenhang stehen, nicht angezeigt sind und gegen die Regelungen der Corona-Verordnung gerichtet sind, wird an allen Wochentagen untersagt. Für den Fall der Nichtbeachtung des Verbots nach Ziffer 1 wird die Anwendung unmittelbaren Zwangs angedroht.«

Ist ein derartiger Verwaltungsakt überhaupt rechtmäßig? Ein Experte der Polizisten für Aufklärung hat sich der Fragestellung im Detail angenommen. Gleich vorab das Fazit: Herr Oberbürgermeister Christof Bolay hat sich in seinen Begründungen zur Allgemeinverfügung bezüglich des Einsatzes von unmittelbarem Zwang durch Polizeibeamte etwas angemaßt, was nicht innerhalb seines Kompetenzbereichs liegt.

OB Bolay erweckt zudem den Eindruck, dass mit seiner Billigung die Polizisten am Einsatzort alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel des unmittelbaren Zwangs einschließlich die der Hieb- und Schusswaffen gebrauchen werden, wenn die Bürger sich nicht gehorsam verhalten. Die Kollegen werden sich die Frage stellen, wie weit der Staat gehen wird, um nicht angemeldete Versammlungen zu unterbinden. Wir gehen davon aus, dass alle das Übermaßverbot so beachten, wie sie es gelernt und in der Praxis bisher umgesetzt haben.

Hoffen wir, dass das »Theaterstück« der Stadt Ostfildern bereits nach dem ersten Akt abgebrochen wird beziehungsweise nicht erneut zur Aufführung kommt. Dann fällt auch kein Schuss.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

»Leben und Sterben im Donbass«

oder »Jetzt haben die Menschen dort einen starken Verbündeten« | Von Hannes Henkelmann

Der zweite Teil des Interviews mit dem Dokumentarfilmer und Medienwissenschaftler Wilhelm Domke-Schulz. Wir sprechen über den Ukraine-Konflikt beziehungsweise über die Gründe für die russische Intervention.

Heute möchte ich mit der Rolle der USA am Putsch von 2014 einsteigen.
Ja, *Uncle Sam* hat wieder seine Finger im Spiel. Insgesamt sind wohl 5 Milliarden US-Dollar in den *Regime Change* geflossen. Am 15. Dezember 2013 hielt der US-Senator John McCain eine Rede auf dem Maidan, in der er die Ukrainer dazu aufrief, sich dem Westen zuzuwenden. Unglaublich, oder? Drehen wir es mal um. Demo in Washington und ein russischer Spitzenpolitiker fordert die Massen auf, sich mehr an China und Russland zu orientieren. Das möchte ich gerne mal erleben.

Dann tauchte am 7. Februar 2014 im Netz der Mitschnitt eines Telefonats von Victoria Nuland, Staatssekretärin im US-Außenministerium, und Geoffrey R. Pyatt, dem US-Botschafter in der Ukraine, auf. Die Beiden diskutierten über den Nachfolger von Ministerpräsident Wiktor Janukowytsch – und das bereits 14 Tage vor dessen Sturz. Als Pyatt ihr die Kandidaten der EU aufzählte, kommentierte Nuland trocken: »F**k the EU«. Nuland und ihr Boss, der damalige US-Außenminister Joe Biden, setzten dann auch ihren Favoriten Arsenij Jazenjuk durch.

Im letzten Gespräch sind wir bis zum Referendum auf der Krim im März 2014 gekommen. Wie ging es dann weiter?
In der Süd- und Ostukraine kam es zu Massenprotesten gegen das Kiewer Regime, wobei die beiden Verwaltungsgebiete Luhansk und Donezk schon ein Referendum für den 11. Mai terminiert hatten. Das konnte die Regierung nicht dulden und verkündete durch den Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschynow am 15. April die Anti-Terror-Operation gegen die »prorussischen Separatisten«. Pikanterweise einen Tag nach dem Besuch des damaligen CIA-Chefs John Brennan. Kurz danach kam es zum Massaker in Odessa.


Der Medienwissenschaftler Wilhelm Domke-Schulz in seinem Element. *Foto: Sergej Filbert*

Davon handelt Ihre preisgekrönte Doku »Remember Odessa«. Was ist am 2. Mai 2014 passiert?
Das große Protestlager in Odessa war dem Regime ein Dorn im Auge. Es sandte deshalb mehrere paramilitärische Hundertschaften in die Stadt. Diese verbündeten sich mit bewaffneten Hooligans. Gemeinsam machten sie Jagd auf russische Demonstranten. Viele flohen ins nahe gelegene Gewerkschaftshaus. Die Faschisten steckten es daraufhin in Brand. Offiziell kamen 49 Menschen ums Leben. Sie müssen wissen, ab 50 Opfer hätte man eine internationale Untersuchung verlangen können. Zeugen Vorort sprechen davon, dass an jenem Tag über 200 Menschen in den Flammen starben. Die lokale Polizei sah übrigens tatenlos zu.

Was passierte daraufhin in der Ostukraine?
Es kam in beiden Regionen zum Referendum. Die Bewohner votierten für die Autonomie und die Volksrepubliken Luhansk und Donezk wurden ausgerufen. Das Regime in Kiew schnitt die Regionen umgehend von der Wasser- und Stromversorgung, vom Bankensystem, von Lebensmittellieferungen ab, und Renten und Löhne wurden auch nicht mehr ausgezahlt. Alles wurden blockiert, Donbass und Krim wurden so total abgeriegelt. Und dann kamen die Militäroperationen. Die Menschen übernahmen daraufhin selbst die Verwaltung und stellten sich den ukrainischen Panzern mit bloßen Händen entgegen. Erwähnen muss ich an dieser Stelle, dass Teile der ukrainischen Armee zu ihnen übergelaufen sind. Die Menschen im Donbass haben sich dann bewaffnet, Milizen gebildet und sich verteidigt.

Seit dem befinden sie sich im Krieg. Bis heute. Ich habe alles in meiner neuen Doku »Leben und Sterben im Donbass« dokumentiert. Täglich sterben dort Menschen. An der ganzen Frontlinie wird geschossen. Schulen und Krankenhäuser werden zerbombt. 14.000 Menschen sind umgekommen, vornehmlich Zivilisten, darunter circa 150 Kinder. Aber jetzt haben die Menschen dort einen starken Verbündeten.

Und das war der Grund für die russische Intervention?
Den Genozid an seinen Landsleuten zu beenden, war einer der Gründe für Präsident Putin. Dazu kam die Info über die geplante Offensive der ukrainischen Nazi-Bataillone und die Sorge, diese könnten eine schmutzige Bombe basteln oder in den Besitz von Biowaffen gelangen. Zudem wollte er die Wasserversorgung für die Krim wieder herstellen. Das ist der russischen Armee schon nach wenigen Tagen gelungen. Weitere Punkte auf seiner Agenda sind, ein weiteres Vorrücken der Nato gen Osten zu verhindern sowie die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine. Letzteres bedeutet, dass allen Verantwortlichen für die Pogrome wohl der Prozess gemacht werden wird.

Zum Schluss noch eine interessante Randnotiz. Der Chef des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl wurde am 25. Februar 2022 von einem Spezialkommando aus Kiew evakuiert.

Was machte der gute Mann denn ausgerechnet jetzt in Kiew?
Das ist eine gute Frage.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

OBERAFFENGEIL

Ein großes BRAVO und meinen Respekt Eurer ganzen Mannschaft. Super macht Ihr das, – ja nicht klein beigeben! Weiter »Fresse« auf und »Maulkörbe« misssachten. Ick war immer ene kesse Berliner Jöre, Jahrgang 1941. Naja, nu bin ick zwar alt – aber nich blöd. Wat Ihr da macht, is »oberaffengeil« (wie die Jugend sich heute ausdrücken würde). Deswegen ein großes Dankeschön und weiter so.
– O. Sch., Weilheim

»FREIHEIT« RELOADED

Zum Bericht über Westernhagen in Nr. 79: Ich hatte 2020 tatsächlich von ihm erwartet, dass er seinen Song »Freiheit« umschreibt und anpasst auf die *Lockdown*-Situation, aber zu meiner Enttäuschung geschah dies nicht. Also machte ich mich selbst ans Werk. Seit März 2021 stehe ich wöchentlich mit Gitarre und Wachrüttel-Schildern vorm Rathaus unserer Gemeinde und gebe meine Version »Freiheit 2020« zum Besten. Macht weiter so!
– Helmut K.

BLÖDSINN!

Ich bin ehemaliger Zeitsoldat aus den 80ern. »Raus aus der Nato« ist Blödsinn! Auch wenn man nicht gleicher Meinung ist, ist der Schutz der Nato-Mitglieder für uns zwischen den Großmächten absolut wichtig und notwendig. Strategisch liegen wir genau in der Mitte und wären dann für Putin & Kol. ein leichtes Ziel. Ich persönlich möchte nicht unter dieser Herrschaft leben müssen und bin da wohl nicht alleine. Dann haben wir wieder die Verhältnisse wie in der Ex-DDR. Wer will das? Der kann ja nach Russland auswandern, wenn er/sie das da soo toll findet. Gruß
– ein Leser

AUSTRITT AUS DER NATO

Die Brisanz nimmt zu, dieselben Personen, die das Klima retten wollen, Kraftwerke abschalten, Autos mit Verbrennungsmotor abschaffen, die Fridays for Future-Bewegung inszeniert und vorangetrieben haben, scheinen größtes Interesse an einer militärischen Eskalation des Konfliktes mit Russland zu haben. Dieser Konflikt kann nur diplomatisch beigelegt werden, zuallererst durch den Abzug sämtlicher Nato-Truppen von Russlands Grenzen, möglicherweise verbunden mit dem Austritt aus der Nato. Das friedliche Zusammenleben aller Völker ist die einzige Zukunftsperspektive unserer Welt, der untergehende militärische US-Imperialismus wird hierzu nicht gebraucht.
– Steffen H.

CHAPEAU!

Ganz großes Lob für die ausgewogene, ernüchternde und aufklärende Anti-Kriegs-Berichterstattung! Ihr beweist – auch mit der überfälligen Preisverleihung an Eugen Drewermann –, dass Ihr nicht nur beim C-Thema voll auf der Höhe eines guten Journalismus und zukunftsweisender Friedens- und Freiheits-Politik seid. Chapeau! Solidarische, dankbare Grüße
– Marc H.

Schmerzhafte Geburt einer neuen Weltordnung

An die Stelle der globalisierten Wirtschaft tritt eine Zweiteilung in einen US-amerikanisch geführten Block und einen chinesisch-russischen Block. Die Zeit spielt für Russland und China. | Von Hermann Ploppa

Der Krieg in der Ukraine hat mal eben die angloamerikanische globale Wirtschaftsordnung zerschossen. Wir sind Zeugen historischer Veränderungen. Unverkennbar stehen sich jetzt zwei große Wirtschaftsblöcke gegenüber: auf der einen Seite die von den USA dominierte Ordnung. Auf der anderen Seite hat sich ein Block gebildet, der sich um China und Russland herum kristallisiert.

Es hat schon lange geknirscht im Gebälk der Globalwirtschaft. Der Krieg ist der Meißel, der die Risse in den Steinadern in eine Spaltung des Steins umwandelt. Der Westen hat Russland mit Sanktionen aus dem westlichen Kosmos herausgestoßen. Russische Gelder auf westlichen Konten sind eingefroren – alleine 640 Milliarden US-Dollar Einlagen der russischen Sberbank sind betroffen. Dass russische Oligarchen ihre Luxusyachten nicht mehr benutzen können, ist indes nur wichtig für die Regenbogenpresse. Aber dass Russland angeblich aus dem weltweiten Kontoführungssystem ausgeschlossen wurde, sorgte allgemein für Aufsehen.

Dabei wissen die Amerikaner ganz genau, wo die Früchte hängen. Denn ganz schlau haben sie bestimmt, dass die Anlieferung von russischen Rohstoffen in die USA über neutrale Drittländer weiterhin über das SWIFT-System abgewickelt werden darf. Während sich die Bundesregierung in Deppendorf verpflichtet, auf russische Rohstoffe im großen Stil zu verzichten. Oder vielleicht doch nicht? Bundeskanzler Scholz betonte jetzt, auch Deutschland wolle nicht auf russische Rohstoffe verzichten.

SANKTIONEN PRALLEN AN RUSSEN AB

Die Zweiteilung der Weltwirtschaft ist indes nicht mehr aufzuhalten, auch wenn der Westen so langsam kapiert, dass das nicht wirklich vorteilhaft ist. China und Russland haben schon vor Jahren ein eigenes internationales Kontoführungssystem eingerichtet. Und: Russland ist von Visa und Mastercard abgeschnitten? Macht nichts. Die Russen schalten sofort um auf das bereits in 180 Ländern gültige chinesische UnionPay. Russland soll keine Flugzeuge von Airbus mehr bekommen? Macht nichts. Russland hat soeben mit der Serienfertigung eigener Passagierflugzeuge begonnen. Airbus bekommt jetzt einen neuen »Mitbewerber« aus Russland.

Russische Flugzeuge dürfen nicht mehr im Machtbereich der Angloamerikaner fliegen? Im Gegenzug dürfen westliche Fluggesellschaften ihre Flieger nicht mehr über russisches Staatsgebiet fliegen lassen. Das tut richtig weh, wenn die westlichen Flieger weite Umwege fliegen müssen. Die vom Corona-Regime stark gebeutelten Fluggesellschaften werden sich bedanken. Die gerade eingerichtete »Eiserne Seidenstraße« macht es möglich, Lasten auf Zügen in zwei Wochen von Shanghai nach Duisburg zu transportieren. Das ist erheblich kürzer und selbstverständlich auch umweltschonender als der unendlich lange Weg per Schiff über die Ozeane. Jetzt endet der Zug an der polnisch-weißrussischen Grenze.

DEUTSCHER MITTELSTAND IST DER GROSSE VERLIERER

Der größte Verlierer der Sanktionen gegen Russland ist allerdings Deutschland. Gerade hat die Bundesregierung verfügt, dass es keine Hermes-Bürgschaften mehr für die deutsche mittelständische Wirtschaft geben soll. Die Hermes-Bürgschaften erstatten deutschen Unternehmern Geld, wenn der ausländische Geschäftspartner zahlungsunfähig ist. Keine Frage: Der Handel mit Russland soll platt gemacht werden. Die Zeche zahlt der deutsche Mittelstand – wieder einmal. Aus Russland kommen lebenswichtige Rohstoffe für die deutsche Industrie. Schon jetzt kann in den VW-Werken in Zwickau und Dresden nur einige Tage in der Woche gearbeitet werden.

Es fehlt nicht nur billiges Erdgas und Erdöl aus Russland, sondern auch Palladium und Titan. Deutsche Direktinvestitionen in Russland in Höhe von 25 Milliarden Euro hängen in der Luft. 3.651 deutsche Unternehmen engagieren sich in Russland mit 277.000 Mitarbeitern. Das alles ist existentiell bedroht, wenn jetzt Deutschland sich im Ukraine-Krieg zum aktiven Kriegsteilnehmer macht. Denn Deutschland liefert ohne erkennbare Not 1.000 Panzerabwehrwaffen und 500 Stinger-Boden-Luft-Raketen in die Ukraine. Dazu 14 sondergeschützte gepanzerte Fahrzeuge für das große Schlachten.

Was wir an dieser Mikrostudie für Deutschland sehen, kann man durchaus verallgemeinern: Das Kind ist in den Brunnen gefallen und nicht mehr zu retten. Eines der größten Probleme des Wertewestens ist dessen gigantische Verschuldung. Seit dem Ende der Gold-Deckung des US-Dollars Anfang der 1970er Jahre gibt es kein Halten mehr. Der Westen lebt auf Pump.

Alleine in der Corona-Kampagne hat die Europäische Zentralbank 750 Milliarden Euro aus dem Nichts in den Wirtschaftskreislauf geschleust. Das hätte gutgehen können, wenn dieser Papierregen tatsächlich die Realwirtschaft stimuliert hätte. Tat er aber nicht. Denn die ganzen selbstzerstörerischen Schikanen des Corona-Regimes ließen das Geld ins Leere laufen. Weltweit, darauf hat der Ökonom Christian Kreiß jüngst erst wieder hingewiesen, ist der Wertewesten mit 296 Billionen Dollar verschuldet – das macht das dreieinhalbfache der aktuellen weltweiten Wirtschaftskraft!

DER OSTEN IST GEWAPPNET

Die Zentralbankgeldmenge hat sich in den USA um den Faktor elf und in der Eurozone um den Faktor neun seit 2007 vermehrt. Der Westen feiert seine makabre Endzeitparty. Ohne Rücksicht auf die Zukunft. Gewiss, auch die Volksrepublik China finanziert ihren Wirtschaftsaufstieg auf Pump. Das erzeugt natürlich Schlagzeilen wie beim chinesischen Immobilienkonzern Evergrande. Dennoch hat China immense Wachstumspotentiale. Das arme Westchina wird jetzt infrastrukturell erschlossen. Das Luftgeld füllt sich rasch mit Substanz. Das ist ein ganz anderer Schnack als im Westen.

Und Russland? Russland ist nun wirklich grundsolide *Old School*. Mit großer Geduld hat die russische Regierung dafür gesorgt, dass das Riesenreich kaum noch internationale Schulden hat. Zudem hat es seine Dollar-Reserven massiv abgebaut und dafür im Gegenzug bis heute 2.300 Tonnen Gold gehortet, was einen Wert von 140 Milliarden Dollar repräsentiert. Der russische Rubel ist keine Luftnummer. Wenn das westliche Finanzwesen hustet, wird Russland heute keine Lungenentzündung mehr bekommen.

DER ZUSAMMENBRUCH DER US-IMPERIUMS

Der Wertewesten reagiert auf diese Entwicklungen wie ein kleines Kind: Es will diese Strukturen zertrampeln. Die einzige Antwort des Westens ist, Kriege zu führen. Das ist schon lange so. Die USA halten sich aufgrund ihrer gigantischen Militärausgaben nach wie vor für allmächtig. Dabei hatte eine Gruppe von Militärexperten schon dem damaligen Präsidenten Obama ein Memorandum auf den Tisch gelegt, aus dem hervorgeht: Die US-Streitkräfte sind nur noch bedingt einsatzbereit. Es gibt kaum noch Ausschreibungen bei neuen Rüstungsvorhaben. Zudem will jeder Senator seine Zustimmung zum Vorhaben mit lukrativen Aufträgen für seinen Wahlkreis belohnt wissen. Es gibt keine Qualitätskontrolle mehr. Stattdessen blanke Vetternwirtschaft und Korruption. Doch der Rat der weisen Militärveteranen wurde großräumig ignoriert. Daran änderte auch der schmachvolle Abzug aus Afghanistan nichts.

Die Reaktion des Westens auf Putins Militärintervention in der Ukraine hat nun also dazu geführt, dass der Wertewesten seinen eigenen Niedergang massiv beschleunigt hat. Wir sind Zeugen eines epochalen Umbruchs. Machen wir das Beste daraus.



Wer auch immer das Tauziehen gewinnen mag, ein Verlierer steht schon mal fest: Deutschland.
Collage: Jill Sandjaja



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

ANZEICHEN DER NÄCHSTEN BANKENKRISE?

Wien/DW. Die österreichische Raiffeisenbank verhinderte laut Meldung des Standard am vergangenen Sonntag, den 6. März 2022, dass ihre Kunden Geld abheben oder mit Karte bezahlen konnten. Vorangegangen war ein massiver Kursverlust der Bank, wegen der Sanktionen, welche der Nato-Westen über die russische Föderation belegte. Die österreichische Bank ist stark in Russland vertreten. Ein Bankssprecher versuchte die aufgebrachten Sparer zu beruhigen und behauptete, dass es sich lediglich um angekündigte Wartungsarbeiten gehandelt haben soll. (hes)

TEUERUNG BLEIBT

Frankfurt am Main/DW. Die Inflationsprognosen der zwölf größten Banken- und Vermögensverwalter haben sich laut einer Umfrage des *Handelsblatts* deutlich auf einen Wert über fünf Prozent angehoben. Kritiker sehen diese Zahl als noch geschönt an. »Die Inflation wird länger bleiben und sich verfestigen«, so der Princeton-Professor Markus Brunnermeier. (hes)

MCDOOF IST WEG

Moskau/DW. Die US-Schnellimbisskette McDonald's schließt seine russischen Filialen. Auch die Konzerne Starbucks und Coca-Cola kündigten laut Medienberichten am 9. März 2022 an, ihr Geschäft in Russland zu stoppen. Die Schnellverzehr-Unternehmen gelten als Symbole der amerikanischen Kultur, Beobachter sehen in dem Rückzug ein Eingeständnis der Niederlage dieser Form des US-Kulturimperialismus. (hes)

Dubiose Börsengewinne mit russischen Aktien

Während deutsche Börsenhändler vom Handel mit Gazprom-Aktien ausgeschlossen waren, machten englische und amerikanische Börsianer Riesengewinne mit dem Kursverfall der Gas-Aktie. | Eine Analyse von Oliver Harms

Es ist durchaus aufschlussreich, den Kursverlauf der russischen Gazprom-Aktie, einem Flaggschiff der russischen Industrie und einem Schlüsselspieler bei der Versorgung Europas mit Erdgas, im Zeitraum vom 21. Februar 2022 bis zum 2. März 2022 zu beobachten. In unserem Blick befindet sich dabei besonders die Londoner Börse.

Der russische Staat ist mit 50 Prozent plus einer Aktie Mehrheitsgesellschafter bei Gazprom. Das Unternehmen weist, gemessen an der Eigenkapitalquote und der Verschuldung, einen soliden Bilanzaufbau auf – es generiert *Cashflow* (Geldfluss) und betreibt aus Investorensicht eine attraktive Dividenden- und Ausschüttungspolitik. Obwohl die Rohstoffpreise stark schwanken, verfügt die Firma über ein stabiles Geschäftsmodell. Kurzum: ein gutes, solides Unternehmen, das den Lieferverpflichtungen gegenüber seinen Kunden bisher vollumfänglich nachkam.

GAZPROM BELIEFERT WESTEN TROTZ BÖRSENFIASKO

Der Wert eines Anteilsscheines von Gazprom im Handel der Londoner Börse betrug am 21. Februar 2022 7,85 US-Dollar je Aktie. Zwei Tage später fiel der Kurs auf 6,70 Dollar. Am 24. Fev bruar erfolgte der Einmarsch der russischen Truppen in die Ost-Ukraine. Die Gazprom-Aktie stürzte auf 4,06 Dollar ab. Am 25. Februar folgte eine kräftige Erholung auf 5,90 Dollar, da Investoren erkannt hatten, dass das Unternehmen zu diesem Preis unterbewertet war.

Am folgenden Wochenende wurden erneut Maßnahmen gegen Russland beschlossen. Am Montag dem 28. Februar stürzte deshalb der Aktienkurs von Gazprom auf 2,65 Dollar ab. Das Erdgasgeschäft lief aber in dieser Zeit weiter. Gazprom lieferte immer noch an den Westen und wurde auch weiterhin dafür bezahlt. Dennoch hatte die Aktie in nur einer Woche 66 Prozent ihres Wertes eingebüßt. Am 1. März folgte ein weiterer Einbruch auf 0,76 Dollar je Aktie. Somit betrug der Kursverfall mittlerweile 90 Prozent.

Gerüchte machten die Runde, dass die Aktie bald vom Handel ausgesetzt würde. Zum »Schutz« der Anleger nahmen die Börsen in Kontinentaleuropa am 2. März russische Aktien, unter ihnen auch Gazprom sowie russische Anleihen, aus dem Handel. Während Anleger an deutschen Börsen nicht mehr handeln konnten und somit auf ihren Beständen festsaßen, ging der Handel in London munter weiter. Der Eröffnungskurs an jenem 2. März lag noch bei 0,76 Dollar. Im freien Fall stürzte die Aktie am selben Tag glatt auf 0,08 Dollar – damit ergab sich ein Wertverlust der Gazprom-Aktie von mittlerweile 99 Prozent. Am 2. März konnten Anleger aus dem angelsächsischen Raum die Aktie also für sage und schreibe 8 US-Cent einkaufen. Gleichzeitig hatten deutsche Investoren keine Chance, zu diesem Kurs einzusteigen.

Selbstverständlich funktionierte das Unternehmen Gazprom noch immer und lieferte Erdgas nach Westeuropa und wurde noch immer dafür bezahlt. Für einen absoluten Schleuderpreis konnten jetzt Anteile an einem russischen Industriejuwel erworben werden. Zumindest in London. Der Kurs erholte sich noch am selben Tag auf 0,50 Dollar. Wer also Glück hatte, konnte in London am 2. März seinen Einsatz um den Faktor sechs vermehren, während Käufer aus der Europäischen Union vom Handel ausgeschlossen blieben. Da russisches Gas und Erdöl weiterhin an Kunden in den USA und China verkauft wird (jedoch möglicherweise nicht mehr an Deutschland), wird sich die Gazprom-Aktie langfristig an der Börse wieder erholen.

ZOCKER PROFITIEREN VOM CHAOS

Es gibt zudem Börsenspekulanten, die am Kursverfall einer Aktie noch Geld verdienen können. Das sind die so genannten »Leerverkäufer«. Der *Online*-Börsenzeitschrift *Der Aktionär* vom 4. März 2022 ist zu entnehmen, dass so genannte Leerverkäufer, vor allem aus den USA, seit Jahresbeginn rund 723 Millionen Dollar mit Wetten auf den Kursverfall russischer Aktien »verdienten«.

Das halbstaatliche Unternehmen Gazprom hat übrigens angekündigt, Anfang März anfallende Zins- und Tilgungszahlungen auf seine Auslandsschulden zu bedienen. Ein Unternehmen, dessen Börsenwert innerhalb von zwei Wochen um 99 Prozent minimiert wurde, erfüllt nichtsdestotrotz seine Verpflichtungen noch immer vertragsgemäß.

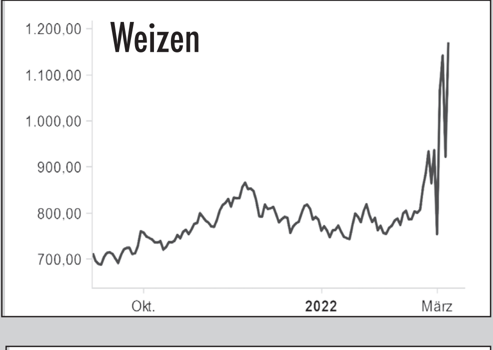


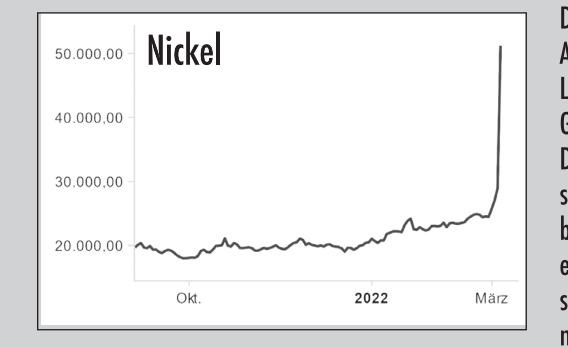
Oliver Harms war über 20 Jahre lang im internationalen Bankenwesen tätig und ist aktuell Unternehmensberater.

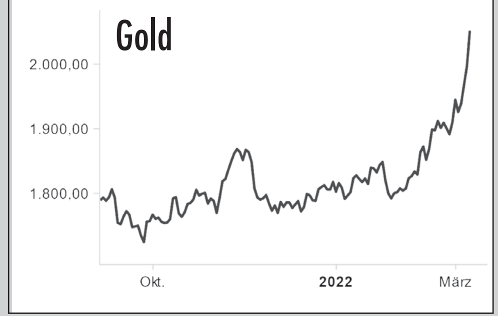
Die Regierung versagt, der Michel muss blechen. Foto: Sandra Doornbos

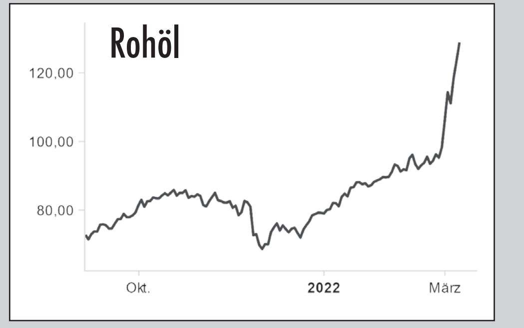
ROHSTOFFMARKT

AUßER RAND UND BAND









Derzeit explodieren die Preise für Energieträger, Agrarrohstoffe, Edelmetalle und Industriemetalle. Die Lebenshaltungskosten der Bürger werden mit großer Geschwindigkeit in untragbare Höhen getrieben. Der DW hat in früheren Ausgaben gewarnt, jetzt ist es soweit: Die historischen Gelddruckorgien der Zentralbanken, die monatelangen Niederschlüsse, die damit einhergehende Brachlegung der Volkswirtschaften und schlussendlich der losgetretene Ukraine-Krieg haben nun dazu geführt, dass wir an den Rohstoffmärkten historische Teuerungen erleben.

Während kapitalstarke Spekulanten, die sich frühzeitig mit Derivaten eingedeckt haben, sich über ungeheure Profite freuen dürfen, wird der einfache Bürger die Zeche für die suizidale Wirtschaftspolitik der Regierungen zahlen müssen. Links sehen sie exemplarisch die Kursverläufe von Gold, Nickel, Weizen und Rohöl der Sorte Brent Crude in US-Dollar. (ber)

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

12.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
12.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
12.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
12.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
12.3.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
12.3.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
12.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
12.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
12.3.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
12.3.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
12.3.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
12.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
12.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
12.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
13.3.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Frieden durch Freiheit«
13.3.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
13.3.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
13.3.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
14.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
14.3.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
14.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
14.3.2022 12:30-16 Uhr	BERLIN, PARISER PLATZ	DEMOWOCHE DER DEMOKRATIEBEWEGNG – DEMONSTRATION DER BESCHÄFTIGTEN, DIE VON DER ZWANGSIMPFE BETROFFEN SIND
14.3.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
14.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
14.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
14.3.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Mathildenplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
14.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
14.3.2022 18:30-20:30 Uhr	Fürstenberg/Havel, Markt	Kundgebung und Demonstrationszug für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit
14.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
14.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
14.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang -Gemeinsam gegen Totalitarismus
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
14.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
14.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
14.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
14.3.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
14.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
14.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
14.3.2022 19-21 Uhr	Solingen, Walter-Scheel-Platz	Spaziergang – »Im Namen der Solidarität - Deutschland als Versuchslabor der Pharmaindustrie - das Sterben hat begonnen.«
14.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
14.2.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
14.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
14.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
14.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
14.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
14.3.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
14.3.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
14.3.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
15.3.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
15.3.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
15.3.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
15.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
15.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
15.3.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
16.3.2022 12-15 Uhr	BERLIN, BRANDENBURGER TOR, PLATZ DES 18. MÄRZ	DEMOWOCHE DER DEMOKRATIEBEWEGUNG – STOPPT DEN KRIEG GEGEN DIE MENSCHHEIT
16.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
16.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
16.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
16.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
16.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
16.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
16.3.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
16.2.2022 15:30-19 Uhr	Offenburg, Rée Carrée	Trauermarsch des medizinischen Personals zum Landratsamt mit Niederlegung der Berufsurkunden
16.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
17.3.2022 9-13 Uhr	BERLIN, BRANDENBURGER TOR, PLATZ DES 18. MÄRZ	DEMOWOCHE DER DEMOKRATIEBEWEGUNG – NEIN, ZUR ZWANGSIMPFDEBATTE IM BUNDESTAG
17.3.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
17.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
17.3.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
17.3.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
17.3.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
18.3.2022 9-13 Uhr	BERLIN, BRANDENBURGER TOR, UNTER DEN LINDEN 74	DEMOWOCHE DER DEMOKRATIEBEWEUNG – NEIN ZUM NEUEN INFEKTIONSSCHUTZGESETZ
18.3.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
18.3.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
19.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
19.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johnnes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
19.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
19.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
19.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
19.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
19.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
19.3.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
19.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
19.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
19.3.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
19.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
20.3.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Für die Freiheit: Auf die Straße«
20.3.202217-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
2.4.2022 14-18 Uhr (jeder 1. Sa im Monat)	Berlin, Gesundbrunnen	Demo für einen freie Impfentscheidung und gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen – Wir sind Viele

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Wo ist Ihre rote Linie? *Foto: Sandra Doornbos*

DEMOWOCHE DER DEMOKRATIE-BEWEGUNG

Im Schatten des Krieges in der Ukraine will der Bundestag Fakten an der Corona-Front schaffen. | Von Hendrik Sodenkamp

Den Start der Woche machen die Montagsspaziergänge. An den Rathäusern, Straßenecken und in den Parks treffen sich die Menschen, um sich auszutauschen und dezentral ein Zeichen zu setzen.

Am Dienstag, den 14. März 2022 versammeln sich die demokratischen Mitarbeiter des Gesundheitssystems um 12:30 Uhr auf dem Pariser Platz am Berliner Brandenburger Tor, um zu zeigen, wie viele dringend gebrauchte Kapazitäten verloren gehen, sollte das Regime an der »einrichtungsbezogenen« Impfpflicht festhalten. Ein Erscheinen in Berufskleidung ist nach Angaben der Veranstalter erwünscht. Eine Unterschriftenliste soll feierlich überreicht werden.

Am Mittwoch, 16. März 2022 startet eine Auftaktkundgebung ebenfalls am Brandenburger Tor, jedoch auf dessen anderer Seite, auf dem Platz des 18. März um 12 Uhr. An diesem Tag geht ohne Diskussion der Gesetzentwurf des neuen Infektionsschutzgesetz durch den Bundestag. Am 17. März 2022 startet um 9 Uhr die -Diskussion zum allgemeinen Impfzwang. Zeitgleich versammeln sich die Demokraten wieder auf dem Platz des 18. März am Brandenburger Tor zu einer Kundgebung.

Am Freitag, den 18. März 2022 soll das neue Infektionsschutzgesetz im Bundestag abgenickt werden. Wieder treffen sich die Demokraten am Brandenburger Tor, diesmal auf der Straße Unter den Linden auf der Höhe der Hausnummer 74.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

Der schwange

Wer schwanger werden kann, ist kein Mann – das gilt ni Wahrheiten und in Aussicht stehenden Zwangsmedika Geschlecht aussuchen. | Von Anke Behrend

Die Schwangerschaft des Mannes ist kein Meilenstein der Reproduktionsmedizin, für deren Umsetzung auf Grund massenhafter Nachfrage seit Jahren größte Anstrengungen unternommen worden wären. Anstrengungen wurden durchaus unternommen. Sie waren allerdings ideologischer Art. Ende Januar 2022 präsentierte der US-amerikanische Hard- und Softwareentwickler Apple seine neuen Emojis (Bildschriftzeichen), darunter den »schwangeren Mann«.

Menschen, die schwanger werden können, sind nach wie vor mit den dafür notwendigen Organen und Hormonen ausgestattet, die ihr Körper gemäß ihrer Genetik, dem nicht vorhandenen Y-Chromosom, ausbildet. Diese unumgängliche Tatsache nannte man bisher Geschlecht – unabhängig davon, wie die Person sich kleidet, verhält, fühlt oder sozial einordnet. Das Geschlecht war bisher in der gesamten belebten Natur eine biologische Kategorie zur Beschreibung der Fortpflanzungsfunktion eines Organismus, die durch mannigfaltige aber seltene Fehlbildungen nicht in ihrem Wesen negiert oder zu einem Spektrum wird.

Daneben existiert das soziale Geschlecht, das natürlich und zwangsläufig dem biologischen nachrangig ist, denn die meisten Spezies mit biologischer Fortpflanzung verfügen nicht über ein Sozialleben. Für das soziale Geschlecht, das *Gender*, existiert im Deutschen kein eigener Begriff. Es umfasst die gesellschaftlichen Zuschreibungen, Erwartungen und Erzählungen, die Angehörige der biologischen Kategorie Geschlecht betreffen. Sie fungieren als soziale Platzanweiser, werden nahezu unmerklich praktiziert und als unabänderlich und natürlich begründet mit der Biologie. Egal wie unterschiedlich und gegensätzlich diese Zuschreibungen sein mögen, gerät »Frauen als Gruppe« ihre Biologie als Legitimation für Rollenzwänge zum Nachteil.

ROLLENZWÄNGE ÜBERWINDEN

Völlig zu Recht entwickelte sich im Zuge der Aufklärung die Emanzipationsbewegung zur Befreiung beider Geschlechter von limitierenden Zuschreibungen, denn auch Männer werden durch Rollenzwänge eingeschränkt. Die Gesellschaft sollte so beschaffen sein, dass jeder Mensch mit seinem individuellen Körper seine individuellen Bedürfnisse möglichst frei erfüllen kann. Die Lebensperspektiven für Frauen und Männer erweiterten sich. Doch auch starke Beharrungskräfte traten auf den Plan, denn es gab Machtpositionen und Einfluss zu verlieren.

Mit dem Einsickern der Identitätspolitik in die feministischen Bewegungen begann eine Umdeutung der Begrifflichkeiten Geschlecht (engl. Sex) und *Gender*. Nun wurde die sogenannte Geschlechtsidentität mehr und mehr zum bestimmenden Maßstab. Sie bezeichnet, wie eine Person sich selbst »identifiziert« gegebenenfalls auch losgelöst von ihrer Biologie. Inzwischen ist folglich eine schwangere Person, die sich als Mann fühlt und identifiziert, ein schwangerer Mann.

Diese Deutung steht dem ursprünglichen Ansatz der Emanzipation, Rollenzwänge zu überwinden, diametral entgegen. Denn ein Geschlecht, das sich nicht mehr biologisch verifizieren lässt, ist für seine Definition zwangsläufig auf *Gender*-Zuschreibungen angewiesen und kann diese nicht überwinden, ohne sich selbst abzuschaffen. Somit ist klar, dass die Emanzipation von Rollenzuschreibungen, also die Emanzipation der Geschlechter, nicht das Ziel der Identitätspolitik ist.

DIE FRAGE LAUTET ALSO: WAS IST DAS GESCHLECHT?

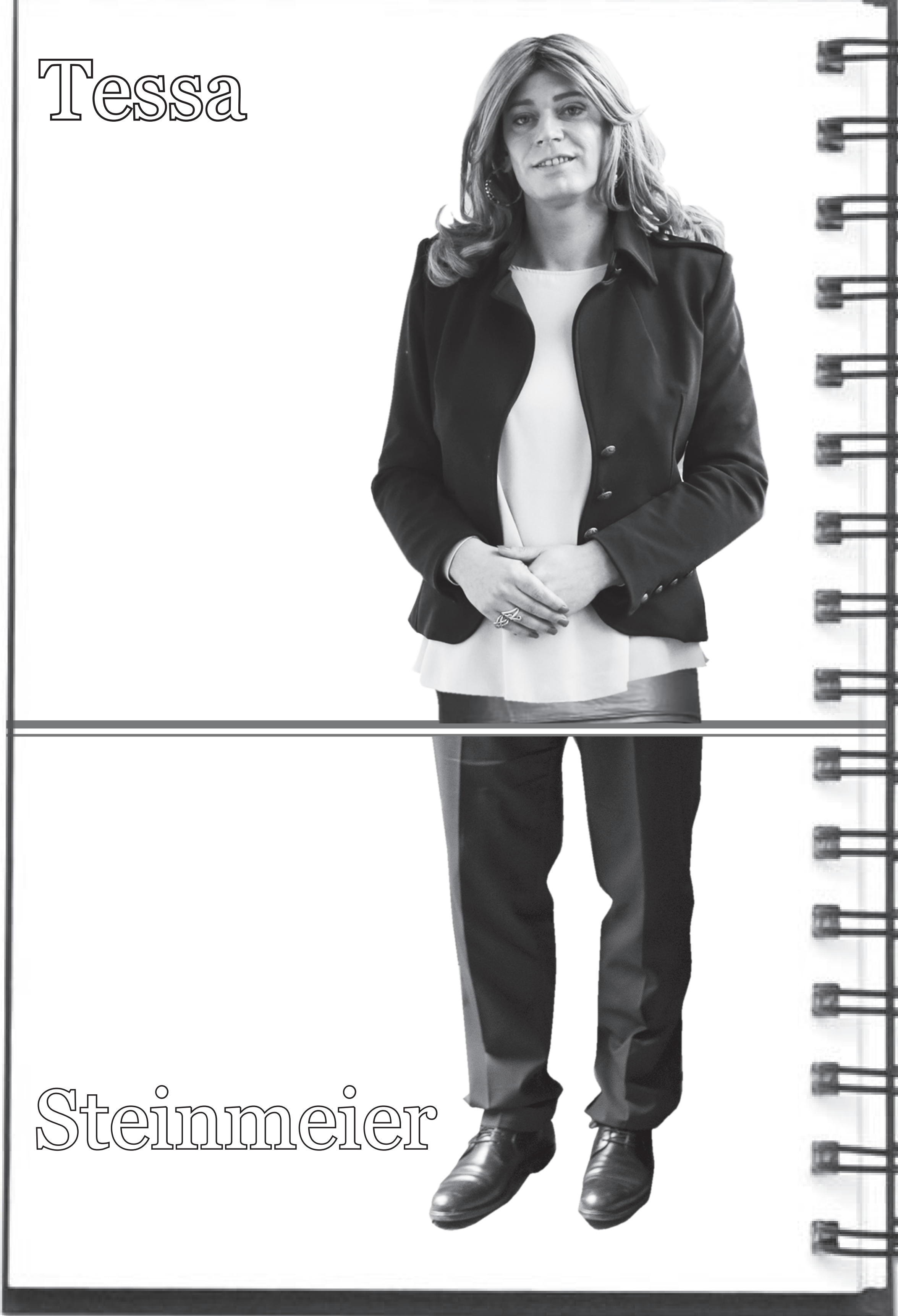
Ist es eine subjektive Identität oder eine verifizierbare Realität, über die man mit allgemein verständlichen und gültigen Begriffen sprechen kann? Faktisch oder postfaktisch? Wenn Geschlecht eine Identität ist, welche Geschlechter haben Lebewesen ohne Identität? Wie bezeichnen wir Menschen mit unterschiedlicher Genetik und Organen? Es existieren Fremdbezeichnungen aus dem identitätspolitischen Lager: *Menstruators*, *Uterushaver* oder »Menschen mit Vulva«, die Frauen wie in voremanzipatorischen Zeiten auf ihre Biologie reduzieren. Doch einen schwangeren Mann nicht Mann zu nennen, ist in diesem Umfeld ein Hassverbrechen.

Der biologische Unterschied zwischen den Geschlechtern hat einen Einfluss auf die Lebensführung, die Gesundheit und die Biografie. Er sollte jedoch keinen Einfluss auf die Freiheit einer Person, ihre Lebenschancen und ihre Stellung in der Gesellschaft haben oder sie zu stereotypem Verhalten nötigen. Das Geschlecht mit dem Gender – die Biologie mit dem Sozialen – gleichzusetzen, ist ein Rückfall in voremanzipatorische Zeiten und im Wesen reaktionär.

Da hilft es wenig, wenn Menschen, die Rollenzuschreibungen ablehnen, sich selbst als geschlechtslos, agender, nichtbinär oder dergleichen bezeichnen. Zwar mögen die *Gender*-Zuschreibungen binär oder sogar disparat daherkommen, das menschliche Sozialverhalten ist es nicht. Unabhängig von der Binarität in der Biologie vereint jeder Mensch das gesamte Spektrum an Eigenschaften und Verhaltensweisen in sich und wäre nach postmoderner Lesart faktisch *genderfluid*. Menschen ohne biologisches Geschlecht existieren nicht, ohne soziale Zuschreibungen aber auch nicht.

KANN MAN SICH ÜBERHAUPT ALS MANN ODER ALS FRAU FÜHLEN?

Wie fühlt es sich an, eine Fledermaus zu sein? Wir werden es niemals wissen, wie



Haben keinen leichten Stand: Die austauschbaren Figuren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (li und

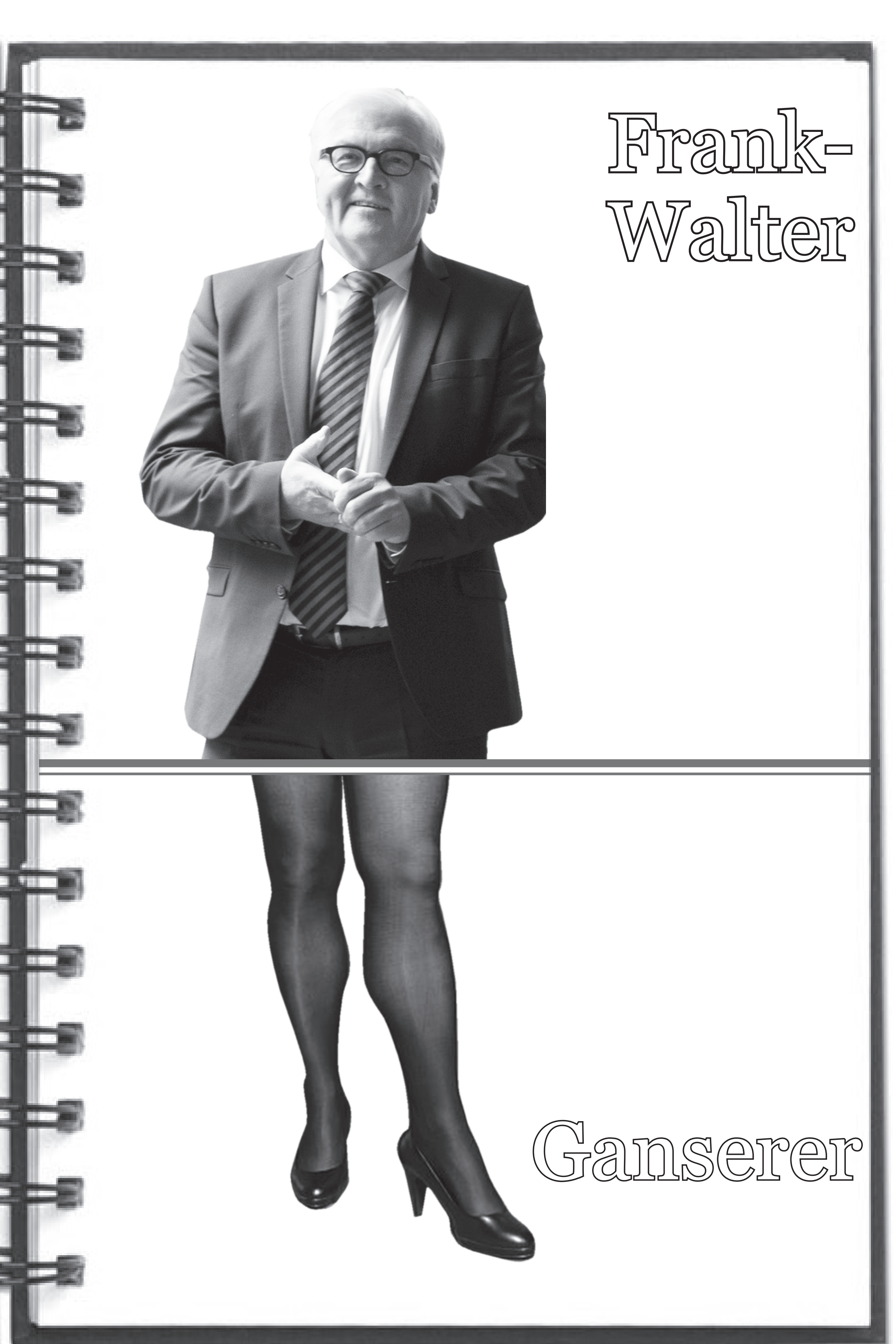
der US-amerikanische Philosoph Thomas Nagel 1974 in seinem Essay »What Is It Like to Be a Bat?« ausführte. Wir werden nicht einmal wissen, wie es sich anfühlt, eine andere Person zu sein, geschweige denn eine andere Biologie oder einen anderen Körper zu haben. Einen »falschen« Körper kann es nicht geben, denn jeder hat nur diesen einen, egal wie man ihn verändern mag.

Es gibt keine Norm, keinen Vergleich oder Standard, wie ein »Mann« sich zu fühlen hat. Aber ganz sicher wird das Erleben der eigenen Existenz ein anderes sein, wenn man einige Jahrzehnte seines Lebens menstruiert, schwanger werden und Kinder gebären kann. Jeder Mensch kann sich nur als sich selbst fühlen, denn das Fühlen ist höchst individuell und abhängig von den subjektiven Wahrnehmungen, dem eigenen Körper und der individuellen Sozialisation. Unbenommen kann man Rollenzuschreibungen für sich ablehnen, annehmen und gestalten. An der Biologie ändert dies freilich nichts. Man kann sich also als Mitglied einer Gruppe fühlen, an die diese oder jene Rollenzuschreibungen gerichtet sind und die gemeinsame biologische Eigenschaften aufweist. Aus letzteren kann man sich nicht heraus-identifizieren oder heraus-definieren.

Was macht eine Frau aus? Röcke, Hosen, lackierte Fingernägel sind Moden. Weder das Geschlecht eines Menschen

ere Mann

cht mehr. Im Zeitalter der alternativen tionen kann man sich immerhin sein



l re) und die Bundestagsabgeordnete Tessa Ganserer (li und re). *Collage: DW/Ute Feuertsacke*

noch seine Identität ist eine Mode, denn Moden ändern sich innerhalb kürzester Zeit. Wer den Rollenerwartungen nicht entsprechen möchte, hat die Freiheit, dies zu tun. Die Gleichsetzung von Geschlecht und Gender ist dafür weder notwendig noch emanzipatorisch.

WORUM GEHT ES IM KERN?

Es geht um Macht: um die Definitionsmacht. Es ist der Kampf des Postfaktischen gegen die Realität. Auf einem Frauenqoutenplatz der Fraktion der Grünen sitzt seit dieser Legislaturperiode mit Tessa Ganserer eine Transfrau im Bundestag. Ganserer ist biologisch und juristisch männlich und nimmt den Platz einer biologischen Frau ein. Die Jungen Liberalen Bayern erteilen kritischen Feministinnen Sprechverbot »Transfrauen sind Frauen, keine Diskussion!«. Dabei gäbe es einiges zu diskutieren, denn selbstverständlich müssen Transpersonen im Parlament ihren Platz bekommen.

WARUM NICHT EINE QUOTE FÜR TRANSPERSONEN?

In der Süddeutschen Zeitung vom 18. Februar 2022 forderte die Schriftstellerin Nele Pollatschek konsequenterweise »Schafft die Frauen ab«, denn die Verwendung des Wortes Frau könnte bei Transpersonen Missempfinden auslösen. Begriffe wie Mutter und Vater, Muttermilch, Muttersprache stehen zur Disposition. Die Trans-Schwimmerin Lia Thomas, ist nicht die erste Transperson, die im Frauensport sämtliche Rekorde bricht und biologisch weibliche Konkurrentinnen abdrängt.

Die Inklusion von Transpersonen hat sich von der guten Absicht ins Gegenteil verkehrt und ist frauenfeindlich und exkludierend geworden. Selbstdeklaration meist biologisch männlicher Personen wiegt schwerer als die biologische und sexuelle Lebensrealität von Frauen. Ihre Begriffe, ihre Räume und Selbstbezeichnungen werden männlicher Fremdbestimmung unterworfen. Frauenrechte werden faktisch von biologischen Männern ad absurdum geführt. Nur wenige trauen sich im Klima der *Cancel Culture* (systematische Bestrebungen zum Ausschluss von Personen oder Organisationen) zu widersprechen. Steht doch sofort der Vorwurf der Transfeindlichkeit im Raum, schickt Kritiker in die rechte Ecke und bringt sie zum Schweigen.

Erwähnt sei an dieser Stelle die Initiative »Geschlecht zählt« (*geschlecht-zaehlt.de*) zur Aufklärung über das geplante Selbstbestimmungsgesetz, welches unter anderem die Änderung des Geschlechtseintrags und »geschlechtsangleichende« medizinische Behandlungen ab dem 14. Lebensjahr per Sprechakt (Selbstauskunft) ohne Einwilligung der Eltern vorsieht und Jugendliche einer boomenden »geschlechtsangleichenden« Medizin zuführt. Überdies soll es ein sanktionsbewehrtes Offenbarungsverbot geben, was bedeutet, dass nach der Geschlechtsänderung der Name oder das vormalige Geschlecht nicht mehr genannt werden dürfen. Während also die gefühlte Identität der einen kompromisslos zu respektieren ist, ist die faktische Identität der anderen nur noch Verfügungsmasse.

EINE NEUE TOTALITÄRE IDEOLOGIE

Feministinnen und mutige Frauen wie die britische Schriftstellerin J.K. Rowling sehen und thematisieren diese Entwicklungen seit Jahren – von der Öffentlichkeit belächelt und vom *woken* »Feminismus« niedergebrüllt, verfemt und *gecancelt*. Nun endlich, es könnte bereits zu spät sein, ist die verhinderte Debatte im *Mainstream* angelangt: »Nach Nationalismus und Kommunismus wächst eine neue totalitäre Ideologie heran, ich nenne sie ›identitär‹, andere ›*woke*‹«, schreibt Harald Martenstein kürzlich in der *Welt*, nachdem auch er ohne Diskussion für ein Denk- und Sprechverbrechen *gecancelt* wurde.

Die *Woke*-Ideologie ist längst nicht mehr ein Geschlechterthema, ein Gedöhns. Denn während einige Ewiggestrige händereibend die Selbstzersetzung des Feminismus bejubeln, breitet sich eine Ideologie der Denk- und Sprechverbote aus. Eine neue Irrationalität greift Raum und bedroht unser aller Freiheit – wie immer im Namen einer »guten Sache«. Mit ihren niedrigschwelligen Formeln und Dogmen bietet sie moralische Selbsterhöhung und das wärmende Gefühl der richtigen Seite. Dieses Gefühl ist trügerisch und gefährlich. Das lehren uns Geschichte und Gegenwart.

»Wenn das Denken die Sprache korrumpiert, korrumpiert die Sprache auch das Denken.« — George Orwell

SCHWUL IN MOSKAU?

Eine EINSCHÄTZUNG
Von Ilia Ryvkin

Seit Jahren führt der Westen einen äußerst kritischen Diskurs gegenüber Russland, eine Art Kreuzzug unter der Regenbogenfahne. So belegt das Land im Gay Travel Index (Liste mit den besten Reisezielen für Homosexuelle) den Platz 146.

»Wie sieht das tägliche Leben der Regenbogen-Gemeinschaft in deiner Stadt aus?«, frage ich am Telefon Leo, einen schwulen Freund aus Moskau. »Wie meinst du das genau? Warum sollte das Leben anders als bei Heteros sein?«, ist die Antwort.

»Man sieht bei euch keine Regenbogenfahnen«, erwidere ich. »In Berlin ist es anders. Schon wenn ich im Supermarkt Bier kaufe, sehe ich dort eine LGBT-Fahne (lesbisch, schwul, bisexuell und transgender).« — »Weißt du Ilia«, so die Antwort meines schwulen Freundes, »wir beide sind doch keine Millenials (um die Jahrtausendwende geborene Generation). Zur Sowjetzeit bin ich zum Supermarkt gegangen und sah dort eine Rote Fahne und einen Parteislogan. Wenn ich Bier hole, will ich Bier und keine Propaganda, weder eine kommunistische, noch eine von LGBT, weder eine kirchliche, noch eine patriotische Belehrung. Ich will einfach nur Bier kaufen. Außerdem, mit diesen Buchstaben LGBT hatte ich noch nie was am Hut«, stellt er für sich fest. »Ich liebe halt Männer, was habe ich da zu tun mit dem Kampf gegen das Patriarchat?« Die Einfachheit seiner Logik verblüfft mich.

»Und wenn du ausgehen willst?«, frage ich. »Es gibt doch offiziell keine Schwulenclubs?«— Er antwortet: »Bordelle für Heteros gibt es offiziell doch auch keine, trotzdem sind sie da. Entweder kennt man dich, wie auch du die entsprechenden Läden kennst, oder man fragt sich über Telegram durch. Die bunte Palette von Queer-Technoklubs für Jugendliche bis zu elitären Salons für alte Herren würde dich überraschen.« Ich erwidere: »Man sieht aber doch auf den Moskauer Straßen keine gleichgeschlechtlichen Pärchen, die sich küssen?«

»Ja, klar«, sagt er. »Das würde man hier eben als gegen die guten Sitten verstoßend empfinden. Intimitäten gehören bei uns kulturell einfach nicht in den öffentlichen Raum. Vielleicht ist das bei den Jugendlichen heutzutage anders.« — »Würden sie dafür wohl angepöbelt oder sogar körperlich angegriffen?«, frage ich. »In meinem Bekanntenkreis zumindest kenne ich keine Fälle körperlicher Gewalt«, beendet er das Gespräch.



Ilia Ryvkin (Jahrgang 1974) in Russland geboren und aufgewachsen ist Berliner Bühnenautor und derzeit DW-Korrespondent in Osteuropa.

TOR-BROWSER IN 12 SCHRITTEN

Eine ANLEITUNG | Von Jill Sandjaja

DER TOR BROWSER IST EIN PROGRAMM, MIT DEM SIE ANONYM INTERNETSEITEN FINDEN, LESEN UND VERWALTEN KÖNNEN.

SCHRITT 1: Geben Sie in Ihrem vorhandenen Browser »torproject.org« ein und drücken sie auf die Enter-Taste.
Schritt 2: Klicken Sie mit der linken Maustaste auf das Bedienfeld »Download Tor Browser« (oben rechts im Bild).
SCHRITT 3: Wählen Sie Ihr Betriebssystem aus. Beispiel Windows: Klicken Sie mit der linken Maustaste auf das Bedienfeld »Download for Windows«.
SCHRITT 4: Ein neues Fenster erscheint: Klicken Sie mit der linken Maustaste auf »Speichern« und merken Sie sich, wo die torbrowser-install-exe.-Datei (Installationsdatei) auf Ihrem Computer gespeichert wird.
SCHRITT 5: Öffnen Sie die Installationsdatei mit einem Doppelklick auf ihrer linken Maustaste.
Schritt 6: Klicken Sie mit der linken Maustaste auf das Bedienfeld »Ausführen«.
SCHRITT 7: Ein neues Fenster erscheint: »please select a language« - »bitte wählen Sie eine Sprache aus«. Deutsch wurde bereits ausgewählt. Klicken Sie mit der linken Maustaste auf das Bedienfeld »OK«.
SCHRITT 8: Ein neues Fenster erscheint. Sie können nun das Zielverzeichnis des Tor Browsers auswählen. Wenn Sie die automatischen Einstellungen nicht ändern, landet der Browser auf ihrem Desktop. Klicken Sie mit der linken Maustaste auf das Bedienfeld »Installieren«.
SCHRITT 9: Auf ihrem Desktop erscheint das Symbol des Tor Browsers. Klicken Sie mit der linken Maustaste auf das Symbol.
Schritt 10: Der Tor Browser öffnet sich: Klicken Sie mit DER LINKEN MAUSTASTE AUF DAS BEDIENFELD »VERBINDEN«.
SCHRITT 11: Tippen Sie in die Adresszeile eine Seitenadresse Ihrer Wahl ein und drücken Sie auf die Enter-Taste.
SCHRITT 12: Entdecken Sie das Internet in ihrem neuen Browser frei von Verfolgung, Überwachung und Zensur.

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
corona-studies.org | rubikon.news
corodoks.de | mutigmacher.org
anti-spiegel.ru | apolut.net
multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 19 Millionen in 82 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 40 vom 13 März 2021.

HAUSVERBOT TRIFFT PUTIN HART

Deutsche Einzelhändler zeigen, wie knallharte Sanktionen wirklich aussehen. | Eine GLOSSE von Markus Fiedler

»Den Spritverbrauch senken! Das ärgert Putin.« So oder so ähnlich titelten einige Seiten aus der alten Medienlandschaft. Denn außer nach Europa exportiert Russland sein Öl ja sonst in kein anderes Land der Welt. Und China gibt es gar nicht, das ist eine Verschwörungstheorie.

Auch der weltweit sprungartig angestiegene Ölpreis spült Russland selbstverständlich kein Geld in die Kassen. Aber wenn der deutsche Autofahrer auch nur einen Tropfen weniger Treibstoff verbraucht, wird das Putin sofort merken und schlaflose Nächte bereiten. Deshalb fahrt nicht zur Arbeit und bleibt zu Hause! Kauft kein russisches Benzin bei deutschen Tankstellen!

Sven Fiedler, Chef eines Kieler Edeka-Supermarktes geht da noch einen ganzen Schritt weiter. Er hat jetzt Putin Hausverbot erteilt und diese Nachricht prominent im Internet verbreitet, so dass sie auf jeden Fall auch den Herrn Wladimir Putin erreicht. Für seine unerschrockene Haltung nominiere ich daher Herrn Sven Fiedler für den Nato-Friedensnobelpreis.

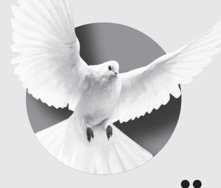
Putin war scheinbar von der Öffentlichkeit unbemerkt jahrelanger Stammgast in diesem Supermarkt. Für seinen monatlichen Großeinkauf flog er extra persönlich nach Kiel und parkte sein sechsstrahliges Transportflugzeug Antonov-AN225, das einzige und größte seiner Art, routiniert unbemerkt auf der Rückseite des Edeka-Marktes beim Lieferanteneingang.

Das ist jetzt vorbei und versetzt Putins Lebensmittelvorrat einen vernichtenden Tiefschlag! Aus Frust darüber hat Putin die Anweisung erteilt, die Antonov, die zuletzt in der Ukraine stand, gezielt zu bombardieren. Westliche Medien sind darüber entsetzt und trauern über das Wrack. Klimaschützer hingegen freuen sich hinter vorgehaltener Hand, denn die Antonov hatte keine grüne Umweltplakette.

Inwieweit Zuliefererbetriebe vom nunmehr fehlenden Umsatz des Kieler Supermarktes betroffen sind, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Das sind aber auch Kollateralschäden, die im Krieg hinzunehmen sind. »Eckhardt, die Russen kommen!« *German Supermärkte to the Front!* Weitermachen!

Der Autor dieses Beitrags legt besonderen Wert darauf, dass er weder verwandt noch verschwägert mit Sven Fiedler ist!



DIE MACHT LÜSTERT UND LACHT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND
von Gert Zenker

Schlitzäugig lässt man es entweichen oder setzt es aus, spielt es hoch, verbreitet Angst, vermummt, schreibt Gebote, setzt Strafen, schüchtert ein, inszeniert Rettung, schafft einen Kultus, beruft Gesundheitspriester, verspricht Erlösung, zwingt in Testräume der Anbetung, lässt Millionen knien vor den schwarzen Altären der gekrönten Göttin, ihre Nadeln drohen, fordern, dringen in die letzte Zelle, hinter den Kulissen waschen sich Hände in Schuld.

Die Macht lüstert und lacht sich ins Fäustchen. Was wisst ihr, wie weit wir vorangekommen sind, euer Bewusstsein steuern, zugreifen auf euer Hirn. Wie weit euer Ich-Bewusstsein, eure hochheilige Meinung, auf die ihr so stolz seid, schon geprägt ist von uns. Demokratie? Meinungsfreiheit? Wo sind denn eure Gedanken noch wahrhaft eure Gedanken? Und wie wollt ihr sie schützen? In der Zeitung steht nicht, was geschieht, sondern was ihr denken und glauben sollt. Und Millionen glauben es, widerstandslos. War da nicht einst eine Kraft, ein Gottbewusstsein, das euch widerstehen ließ? Der eine widersteht, der andere fügt sich, wieder andere lavieren irgendwo dazwischen.

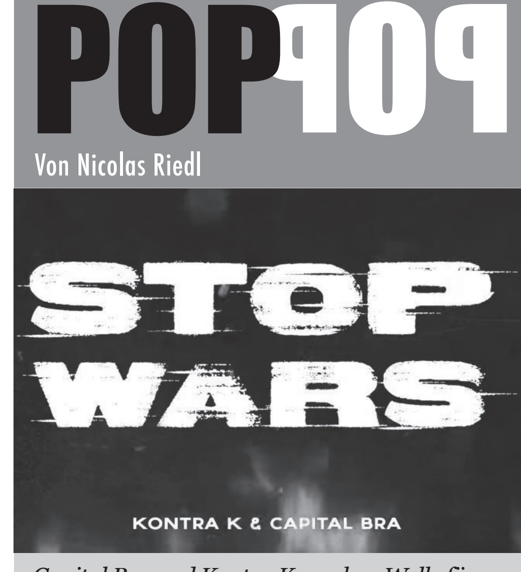
Qui habet aures audiendi, audiat! Wer Ohren hat zu hören, der höre! Sehen und doch nicht sehen, hören und doch nicht verstehen – ein Verhängnis auch unserer Zeit. Im Neuen Testament, im Gleichnis vom Sämann (Lk 8, 4-15) steht geschrieben, wie es mit dem Worte geht. Fällt ein gutes, fruchtbringendes Wort auf die ausgefahrenen Wege des Alltagsverstandes, des üblichen Denkens, wird es zertreten, auch auf felsenfestem Meinungsboden kann es nicht Fuß fassen. Gerät es zwischen die Dornen eines fruchtlosen Pro und Contra, in die Widerhaken des bloßen Einerseits-Andererseits, kann es nicht aufgehen.

Endlich fällt das Gotteswort auf fruchtbaren Boden, wo es ein Mensch mit dem Herzen und wachem Geiste zu verstehen sucht. Und bringt hundertfältig Frucht.

Dr. theol. Gert Rudolf Zenker, Theologe und Literat, Herausgeber der WendeBlätter 2020 (www.wb2020.de)

POP POP

Von Nicolas Riedl



Capital Bra und Kontra K machen Welle für den Frieden. Foto: YouTube_Capital Bra.

KLARTEXT FÜR DEN FRIEDEN

Die Rapper Kontra K und Capital Bra (selbst Ukrainer) veröffentlichten ihr Stück »Stop Wars«. Dabei biederten sie sich nicht an das verlogene Friedens-Spektakel an, das zugleich eine russophobe Komponente besitzt. Im Gegenteil plädierten sie für Verständigung zwischen allen Völkern. »Jeder Ukru, jeder Russe checkt doch, was ich sage«, rappt Capi. Dankenswerterweise arbeiten beide in der Lyrik heraus, dass die (russisch-ukrainischen) Völker eins sind, aber durch am Krieg profitierende Eliten gegeneinander aufgehetzt werden. Kontra K rappt zum Schluss: »Also wer verliert hier wirklich mehr, als er verlier'n müsste? Denn sterben tun nie die, die in den fetten Sesseln sitzen / Wer Schuld an all dem Elend trägt, würdest du gern wissen? Dann folg' lieber der Spur des Geldes als dem Sound der Schüsse«. Gespendet wurden die Einnahmen des Werkes an die Betroffenen, wie auch die Erlöse aus der »Stop War Edition« von Capis Eistee-Marke »BraTee«.

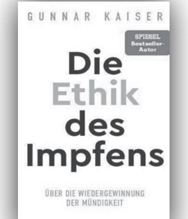


Kollegah teilt gegen den Corona-Kult aus. Foto: instagram_kollegahderboss

CORONA-KULT UND LAUTERBACH KASSIEREN LYRISCHE SCHELLEN

Der selbsternannte Zuhälterrapper Kollegah gab immer wieder zu verstehen, dass er Gegner des Corona-Kults ist. In seiner neuen Veröffentlichung »Diplomatische Immunität« wird er nun sehr konkret: »Lass' ich mir 'nen *Jab* verpassen, dann ist es 'ne Testonadel / Einzige, was hier ein'n Booster hat, ist der Huracán / Und einzige 2G, was mich juckt, ist der Gucci-Schal / Zeit, dass dieses Land aus seinem Tagtraum erwacht /Guck mal, der Zahn fault fast ab von diesem Karl Lauterbach«. Auch zum Ukraine-Krieg äußerte sich der Platin-Rapper und rief dazu auf, dass die Menschen statt »rumzujammern (...) die Welt nach eigenem Willen« gestalten sollen.

DW-BESTSELLERLISTE
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin


Die Ethik des Impfens.
Über die Wiedergewinnung der Mündigkeit
Gunnar Kaiser

Europa Verlag GmbH
978-3-95890-504-7


Ukraine Krise 2014
Wie der neue kalte Krieg begann

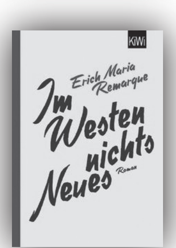
Thomas Röper, Fischer, J K
978-3-941956-78-0


Die Unfähigkeit zu Trauern.
Grundlagen kollektiven Verhaltens
Alexander Mitscherlich, Margarete Mitscherlich
Piper Verlag GmbH
978-3-492-20168-1


Als die Soldaten kamen.
Miriam Gebhardt

Pantheon
978-3-570-55340-4


Eiszeit.
Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist
Gabriele-Krone Schmalz
C.H.Beck
978-3-406-71412-2


Im Westen nichts Neues.
E. M. Remarque

Kiepenheuer & Witsch GmbH
978-3-462-04632-8


Anmaßung.
Wie Deutschland sein Ansehen bei den Russen verspielt
Alexander Rahr
Das Neue Berlin
978-3-360-01376-7


Illegale Kriege.
Wie die Nato-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien

Daniele Ganser
Fifty-Fifty, 978-3-946778-28-8


Deutschland – Verraten und verkauft.
Hintergründe und Analysen
Wolfgang Bittner
zeitgeist Print & Online
978-3-943007-34-3


Wir sind immer die Guten.
Ansichten eines Putinverstehers oder wie der Kalte Krieg neu entfacht wird
Matthias Bröckers, Paul Schreyer
Westend
978-3-86489-255-4

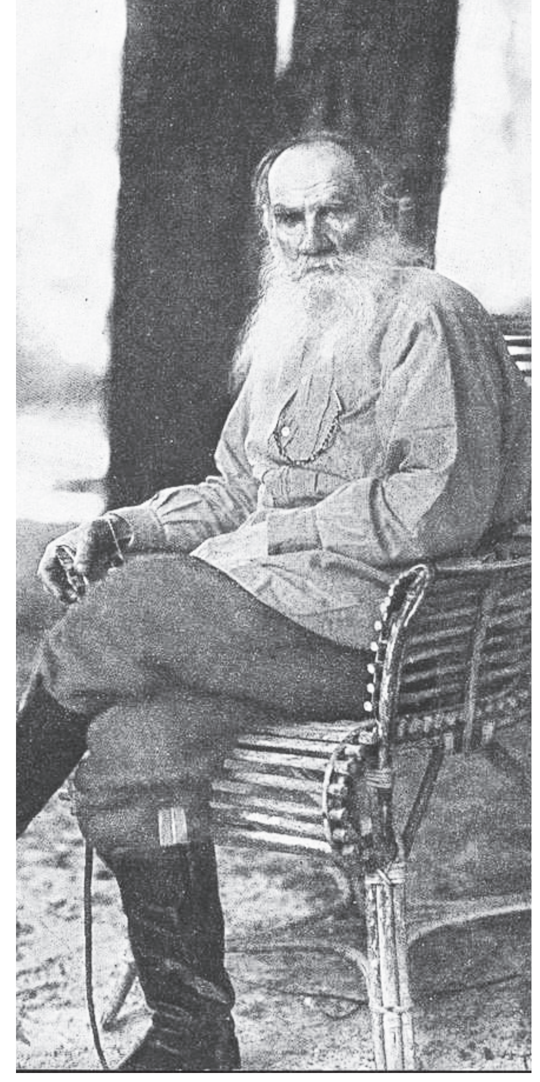
An Guadn!

Die Wurst bleibt beständiges Kult-Symbol, während die Kultur stirbt. | Von Nicolas Riedl

Bratwurst um die Menschen zur Spritze zu locken und nun die Weißwurst um die Kampftruppen des US-Imperiums zu stärken. Der bayerische Ministerpräsident Söder begrüßte am Nürnberger Flughafen die ersten 200 von 7.000 eintreffenden US-Soldaten. Diese seien entsendet worden, um einerseits der Ukraine Unterstützungsbereitschaft zu signalisieren und andererseits um Russland abzuschrecken.

Als Willkommensgeste spendierte er den Soldaten ein Weißwurstfrühstück. Den US-Soldaten würde dieses Gericht ganz besonders munden. So orderte Söder 4.000 Weißwürste für die imperialen Truppen. In etwa zeitgleich trennte sich die Bayerische Staatsoper von der Sängerin Anna Netrebko und die Münchner Philharmonie von Dirigent Waleri Gergijew. Der Grund: Beide hätten sich nicht »ausreichend« von Putin distanziert. Gibt es einen deutlicheren Gradmesser, wie es um die Kultur im Freistaat Bayern bestellt ist?

Bereits jetzt fallen auch schon russische Literaturklassiker der russophoben Zensur zum Opfer. Ein Jammer. Manch einem US-Soldaten würde vielleicht dämmern – während er sein Stück Weißwurst in den süßen Senf tunkt – dass er beim Verschlingen des toten Tieres eventuell sogar seinem eigenen Schicksal auf dem Teller entgegen blickt. Das würde einem Soldaten vielleicht dämmern, würde er die Worte Leo Tolstois kennen, der da schrieb: »Solange es Schlachthöfe gibt, wird es auch Schlachtfelder geben.«


Esoterikbart!, Vegetarier wie Hitler!, ellenlange Ergüsse über Krieg und Frieden und die russische Geschichte, genau wie Putin!!!: Leo Tolstoi (oben) muss umgehend, für alle Zeit und gnadenlos gecancelt (dt. ausradiert) werden!



SPORT MIT BERTHOLD

POLITIK SPALTET SPORT

Bei den Paralympics sind russische Athleten mit Handicap verboten worden. Sie dürfen nicht einmal unter neutraler olympischer Flagge teilnehmen. Derweil fand Pep Guardiola, die bekannte Trainerikone des Fußballs, klare Worte. Der Krieg in der Ukraine sei auf das »totale Versagen der Berufspolitiker« zurückzuführen, deren einzige echte Aufgabe sei, genau ein solches Fiasko »zu verhindern«.

Pep Guardiola ist Katalane. Katalonien will von Spanien unabhängig sein. Diese Menschen reflektieren anders, haben von Freiheit und Selbstbestimmung wahrscheinlich ein ganz anderes Verständnis als die Deutschen. Bei den Paralympics und anderen Sportwettbewerben trifft es leider die Falschen. Doch die Verbände sind politisch durchsetzt und damit linientreu. Sie werden von Menschen geführt, die zuerst an sich denken und erst dann an die Athleten. – Erst Corona, jetzt der Krieg... Die gewollte Spaltung der Gesellschaft geht weiter.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE MENSCHHEIT MUSS DEM KRIEG EIN ENDE SETZEN, ODER DER KRIEG SETZT DER MENSCHHEIT EIN ENDE. JOHN F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 82. Ausgabe ab Samstag, 12. März 2022. | Redaktionsschluss war am 10. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

Die kommende Ausgabe DW 83 erscheint am 19. März 2022.